

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin

Ausgabe September 2003

Inhaltsverzeichnis

Deutschland

Tobias Pflüger

Verteidigungspolitik adäquat - Bundeswehreinräte im Innern und weltweit

Silke Reinecke

Einsatz von Napalm-Bomben im Irak-Krieg - Deutsche Mithilfe beim Transport?

Ulrich Sander

Dubiose Kameraden - Veteranenblatt: Deutsche Armee sollte weltweit für „innere Sicherheit“ sorgen

Tobias Pflüger

Die rechtliche Situation des EUCOM in Deutschland

EU-Militarisierung

Uwe Reinecke

Zwang zur Aufrüstung durch EU-Verfassung

Jürgen Wagner

Kollisionskurs - Droht eine transatlantische Blockkonfrontation?

US-Kriegspolitik

Dirk Eckert

Bring them home now!

Jürgen Wagner

Demokratie, Heuchelei und quasi-imperiale Kontrolle

Dirk Eckert

Der große Jackpot

Israel-Palästina

Claudia Haydt

„Sicherheitsmauer“ als Sackgasse - Die Mauer legt das Ausmaß eines zukünftigen „palästinensischen Staates“ fest.

Dirk Eckert

Denk ich an Israel... - Ein jüdischer Historiker beklagt sich über sein Land

Editorial:

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ

Spenden- Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der **Kreissparkasse Tübingen**
(BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisierung e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: **07071/49154**
Fax: **07071/49159**
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Verteidigungspolitik ade

Bundeswehreinsätze im Innern und weltweit

von Tobias Pflüger

Die zeitliche Abfolge der Ereignisse ab dem 19. Mai 2003 war wohl eher Zufall, trotzdem macht es Sinn, sie politisch zusammen zu bewerten: Am 19. Mai 2003 hielt Johannes Rau seine „Berliner Rede“, diesmal eine außenpolitische Grundsatzrede, ebenfalls am 19. Mai wurde die neue EU-Interventionstruppe für teilweise einsatzfähig erklärt, am 21. Mai stellte Verteidigungsminister Peter Struck die schon länger erwarteten neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vor, am gleichen Tag einigten sich SPD und CDU/CSU auf die Grundlinien eines sogenannten Bundeswehr-Entsendegesetzes und ebenfalls am 21. Mai genehmigte der Bundestags-Haushaltsausschuss mit den Stimmen aller Fraktionen den Kauf von 60 Militär-Airbussen 400 M für insgesamt 8,3 Milliarden Euro. Eine wahrhaft militärisch dominierte Woche. Politisch zentral war die Vorlage der neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR).

Mit den Worten „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“ kündigte Peter Struck im Bundestag am 05.12.2002 neue „Verteidigungspolitische Richtlinien“ (VPR) für Frühjahr 2003 an. Wegen des Irakkrieges wurde die Vorlage verschoben. Am 25.04.2003 veröffentlichten die Tageszeitungen „Die Welt“ und „Süddeutsche Zeitung“ jeweils Auszüge aus einem Entwurf der „Verteidigungspolitischen Richtlinien“. Am meisten Schlagzeilen machte dabei der im Entwurf formulierte geplante Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Bundeswehreinsatz im Innern

Obwohl es Bundeswehreinsatz im Innern zum Teil deutliche Kritik gab, blieben diese Passagen im wesentlichen unverändert. In den jetzt vorgelegten VPR heißt es: „Zum Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen wird die Bundeswehr Kräfte und Mittel entsprechend dem Risiko bereithalten. Auch wenn dies vorrangig eine Aufgabe für Kräfte der inneren Sicherheit ist, werden die Streitkräfte im Rahmen der geltenden Gesetze immer dann zur Verfügung stehen, wenn nur sie über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen oder wenn der

Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie kritischer Infrastruktur nur durch die Bundeswehr gewährleistet werden kann.“ (80) [1] Damit ist das bisherige Tabu eines Bundeswehreinsatzes im Innern gefallen. Bisher galt, dass die Bundeswehr nur „im Spannungsfall“ im Innern eingesetzt werden darf, für die Aufgaben im Innern war allein die Polizei zuständig.

Abschied von der Landesverteidigung

„Die herkömmliche Landesverteidigung gegen einen konventionellen Angriff als allein strukturbestimmende Aufgabe der Bundeswehr entspricht nicht mehr den aktuellen sicherheitspolitischen Erfordernissen.“ (12) so heißt es in den neuen VPR und damit wird offiziell Abschied genommen vom Grundgesetz, in dem es in Artikel 87 a Absatz 1 heißt: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“ und in Absatz 2: „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.“ Sehr freundlich bezeichnete der Berliner Juraprofessor Christian Pestalozza die neuen VPR als „verfassungsfern“. Der Regierung ist das Problem mit der Verfassung offensichtlich bewusst: So heißt es gleich unter Punkt 1 in den VPR: „Die Neugewichtung der Aufgaben der Bundeswehr und die daraus resultierenden konzeptionellen und strukturellen Konsequenzen entsprechen dem weiten Verständnis von Verteidigung, das sich in den letzten Jahren herausgebildet hat.“ Und: „Nach Artikel 87a des Grundgesetzes stellt der Bund Streitkräfte zur Verteidigung auf. Verteidigung heute umfasst allerdings mehr als die herkömmliche Verteidigung an den Landesgrenzen gegen einen konventionellen Angriff. Sie schließt die Verhütung von Konflikten und Krisen, die gemeinsame Bewältigung von Krisen und die Krisennachsorge ein.“ Mit Strucks Richtlinien werde so Pestalozza, der enge Verteidigungsbegriff des Grundgesetzes aufgeweicht und die Verfassung überdehnt. „Wer die Einsätze über das bisherige Maß ausdehnen will, muss das Grundgesetz ändern. Die Landesverteidigung ist nach dem Grundgesetz das Hauptziel der Streitkräfte. Struck argumentiert, dass alles Landesverteidigung ist, egal was wo passiert. Das ist vom Grundgesetz, wie seine sehr

engen und strengen Formulierungen zeigen, so nicht gemeint.“ [2]

Selbst vom CDU-Abgeordneten Dietrich Austermann kam Kritik: „Die Umfirmierung der Bundeswehr auf bestimmte Aufgaben schrammt nach meiner Meinung die Verfassung.“ [3] Mit den VPR kommt es zu einer fast ausschließlichen Konzentration der Bundeswehr auf Auslandseinsätze. „Ausschließlich für die herkömmliche Landesverteidigung gegen einen konventionellen Angreifer dienende Fähigkeiten werden angesichts des neuen internationalen Umfelds nicht mehr benötigt. Sie können zudem angesichts der knappen, zur Schwerpunktbildung zwingenden Ressourcenlage nicht mehr erbracht werden, ohne dass sich dies nachteilig auf die künftig erforderlichen Fähigkeiten auswirkt. Notwendig bleibt vielmehr eine Befähigung, die es erlaubt, die Landesverteidigung gegen einen Angriff mit konventionellen Streitkräften innerhalb eines überschaubaren längeren Zeitrahmens wieder aufzubauen. Dies erfordert die Beibehaltung der Wehrpflicht.“ (60) Interessant ist, dass damit explizit Landesverteidigung als fast unnötig bezeichnet wird, und die Einheiten, deren Aufgabe dies war, Schritt für Schritt aufgelöst werden sollen. Die Option auf Wiederherstellung von Kapazitäten zur Landesverteidigung als Begründung für die Wehrpflicht ist neu.

Bundeswehr weltweit

Eine der zentralen Aussagen in den neuen VPR betrifft den Aktionsradius der Bundeswehr: „Künftige Einsätze lassen sich wegen des umfassenden Ansatzes zeitgemäßer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ihrer Erfordernisse weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen.“ (57) Damit wird als Einsatzradius der Bundeswehr die gesamte Welt definiert. „Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art eines Einsatzes... Die Notwendigkeit für eine Teilnahme der Bundeswehr an multinationalen Operationen kann sich weltweit und mit geringem zeitlichen Vorlauf ergeben und das gesamte Einsatzspektrum bis hin zu Operationen mit hoher Intensität umfassen.“ (57) Schnell einsatzfähige Truppen sind also das Ziel, „Operationen mit hoher Intensität“, damit sind Operationen der Elitetruppen „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) und der „Division Spezialoperationen“ (DSO) gemeint. Wobei klargestellt wird, dass die „Grenzen zwischen den unterschiedlichen Einsatzarten fließend“ sind. „Eine rasche Eskalation von Konflikten, wodurch ein friedenserhaltender Einsatz in eine Operation mit höherer Intensität übergeht, ist nie auszu-

schließen.“ (58)

Bundeswehr als Anti-Terrororganisation

„Internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung - einschließlich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus - sind für deutsche Streitkräfte auf absehbare Zeit die wahrscheinlicheren Aufgaben und beanspruchen die Bundeswehr in besonderem Maße.“ (78) Das ist eine Abschwächung gegenüber der Aufgabenstellung im Entwurf der VPR. Dort hieß es noch: „Die Bundeswehr bekämpft weltweit operierende Terrororganisationen und trägt dazu bei, ihnen sichere Rückzugsgebiete zu entziehen und Seeverbindungswege zu sichern.“ Doch auch in der Endversion ist der am häufigsten verwendete Begriff für die Notwendigkeit der Bundeswehr „Terrorismus“. Als konkrete Gefahren werden beschrieben: „Vornehmlich religiös motivierter Extremismus und Fanatismus, im Verbund mit der weltweiten Reichweite des internationalen Terrorismus, bedrohen die Errungenschaften moderner Zivilisationen wie Freiheit und Menschenrechte, Offenheit, Toleranz und Vielfalt.“ (19) Dieser Satz nach dem Irakkrieg gelesen zeigt die Doppelbödigkeit westlicher Politik sehr gut auf, wenn man als Subjekt des Satzes z.B. die US-Regierung einsetzt und unter Ter-

tische, ethnische, religiöse, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konflikte wirken sich im Verbund mit dem internationalen Terrorismus, mit der international operierenden Organisierten Kriminalität und den zunehmenden Migrationsbewegungen unmittelbar auf die deutsche und europäische Sicherheit aus.“ (25)

BW: Instrument zur Durchsetzung deutscher Interessen

Die Bundeswehr wird explizit als Instrument zur Durchsetzung deutscher Interessen benannt: „Um seine Interessen und seinen internationalen Einfluss zu wahren und eine aktive Rolle in der Friedenssicherung zu spielen, stellt Deutschland in angemessenem Umfang Streitkräfte bereit, die schnell und wirksam zusammen mit den Streitkräften anderer Nationen eingesetzt werden können“ (72) Davor heißt es: „Der Auftrag der Bundeswehr ist eingebettet in die gesamtstaatliche Vorsorgepflicht für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, unseres Landes und unseres Wertesystems sowie für die Wahrung unserer Interessen im europäischen und transatlantischen Zusammenhang.“ (70) In den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 wurde der Bundeswehr bereits eine Rolle zugeschrieben zur Sicherung von Märkten und Rostoffen. Wörtlich hieß es damals: „Dabei lässt

teln zusätzlich verwundbar.“ (27)

Deutsche und europäische Kriegswaffenindustrie

Die Notwendigkeit einer deutschen Kriegswaffenindustrie wird mehrfach betont: „Europäische und transatlantische Bündelung nationaler Mittel ist Vorgabe für die Rüstungskoooperation. Gemeinsame Planung, gemeinsame Beschaffung, gemeinsamer Betrieb von Waffensystemen und gemeinsame Ausbildung stecken den Rahmen ab für das, was durch europäische Integration und Herausbildung der ESVP sicherheitspolitisch notwendig und möglich ist und sich bereits in einer effizienteren europäischen Rüstungskoooperationspolitik manifestiert. Die Arbeiten zur Entwicklung einer Europäischen Rüstungsagentur werden vorangetrieben.“ (68) „Deutschland wird als Voraussetzung für solche Kooperationsfähigkeit eine leistungs- und wettbewerbsfähige industrielle Basis in technologischen Kernbereichen aufrechterhalten, um auf die Entwicklung entscheidender Waffensysteme Einfluss nehmen zu können. Dies fördert Bündnis- und Europafähigkeit und ist daher ein Teil deutscher Sicherheitspolitik. Der industrielle Zusammenschluss nationaler Rüstungskapazitäten wird unverändert eine wichtige Rolle spielen.“ (69) Durch die Vergabe von Beschaffungsprojekten bevorzugt an bestimmte einzelne Firmen in den verschiedenen Sparten (Heer, Luftwaffe, Marine) wird der Konzentrationsprozess in der deutschen Kriegswaffenindustrie vom Staat aus weiter befördert. Damit stehen sich zunehmend einige wenige oder nur ein Anbieter auf Seiten der Industrie einem Abnehmer (Bundeswehr) gegenüber. Dies macht sowohl die konkreten Kriegswaffenprojekte immer teurer als auch eine demokratische Kontrolle immer schwerer. [4] Der Export von Kriegswaffengütern wird durch diesen Oligopolisierungsprozeß ebenfalls weiter angekurbelt: Bei der jetzt beschlossenen Bestellung von 60 Militärairbussen für 8,3 Milliarden Euro ist sogar vertraglich festgeschrieben worden, dass die sieben beteiligten Staaten (Deutschland, Frankreich, Spanien, Großbritannien, Belgien, Türkei und Luxemburg) Teile der bezahlten Entwicklungskosten zurückbekommen, wenn das Flugzeug erwartungsgemäß ein Exportschlager wird. Und davon geht der Systemführer EADS aus: „Der A400 M ist gut positioniert, um einen großen Teil der weltweiten Flotte an taktischen Transportmaschinen abzulösen“ [5]. Schließlich wollen immer mehr Staaten ihre Interventionsfähigkeit deutlich erhöhen, und dazu sind entsprechende Transportmöglichkeiten zentral.



rorismus auch Staatsterrorismus versteht. „Zum Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen wird die Bundeswehr Kräfte und Mittel entsprechend dem Risiko bereithalten.“ (80) Es bleibt völlig offen, was mit asymmetrischen (nichtterroristischen) Bedrohungen gemeint sein könnte. Völlig verschiedene politische Entwicklungen werden in den VPR zu einem einzigen Bedrohungsszenario vermisch: „Ungelöste poli-

sich die deutsche Politik von vitalen Sicherheitsinteressen leiten: ... Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.“ Eine ähnliche inhaltliche Aussage ist in den neuen VPR, diesmal allerdings geschickter formuliert: „Die deutsche Wirtschaft ist aufgrund ihres hohen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen besonderen Abhängigkeit von empfindlichen Transportwegen und -mit-

BRD als Schlüsselstaat in NATO und EU

Auslandseinsätze sollen nur im Rahmen bestehender internationaler Institutionen stattfinden: „Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr mit Ausnahme von Evakuierungs- und Rettungsoperationen werden nur gemeinsam mit Verbündeten und Partnern im Rahmen von VN, NATO und EU stattfinden.“ (11) Inwieweit diese Vorgabe aufgrund der veränderten internationalen Konstellation und den dabei üblich gewordenen „Ad hoc Koalitionen“ überhaupt realistisch ist, sei dahingestellt. Die Bundesregierung konstatiert für Deutschland sowohl in der NATO als auch in der EU eine Schlüsselrolle: „Deutschland hat in den vergangenen Jahren bei den Beschlüssen der EU zur Ausgestaltung der ESVP eine Schlüsselrolle gespielt. Die Umsetzung der europäischen Streitkräfteziele und die Beseitigung erkannter Fähigkeitsdefizite im nationalen und europäischen Rahmen sowie die Bereitstellung der angezeigten militärischen Fähigkeiten und Mittel sind Maßstab dafür, wie Deutschland und seine Partner ihre Verantwortung im Rahmen der EU wahrnehmen.“ (51) Für die NATO heißt es: „Deutschland ist mit seinen Streitkräften mehr als jeder andere Bündnispartner in die NATO integriert. Ihm fällt im Bündnis eine herausragende Rolle und Verantwortung für den künftigen Kurs der NATO zu.“ (48) Offensichtlich zentral ist aber die Stärkung der EU als Militärmacht: „Der Stabilitätsraum Europa wird durch eine breit angelegte, kooperative und wirksame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU gestärkt. ... Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik beruht auf der strategischen Partnerschaft mit der Nordatlantischen Allianz und ermöglicht selbständiges europäisches Handeln, wo die NATO nicht tätig sein muss oder will.“ (40) Dabei steht wieder das Deutsche Interesse in der EU im Vordergrund: „Deutsche Sicherheitspolitik gewinnt im vereinten Europa zusätzliche Handlungsoptionen.“ (29) Das konservative „Centrum für angewandte Politikforschung“ (CAP) spricht deshalb gar von einer „europäischen Dimension der Bundeswehr“ [6], die fest in den VPR verankert sei. Als Begründung für die Militarisierung der EU muss im übrigen die Globalisierung herhalten: „Auch die Globalisierung macht ein voll handlungsfähiges Europa erforderlich.“ (40)

Die Militarisierung der EU ist in drei Bereichen sehr weit vorangeschritten: Erstens bei der Bildung einer EU-Interventionstruppe mit 60.000 Soldaten, die 2003 einsatzfähig sein soll, zweitens und das wird in der Diskussion häufig übersehen, in

Gestalt der schon länger vorhandenen verschiedenen bi- und multinationalen Korps, wie das deutsch-niederländische, das Euro-Korps, das deutsch-dänisch-polnische Korps. Hinzu kommt die beschriebene Oligopolisierung und Stärkung der europäischen Kriegswaffenindustrie, was explizit mit einem „Konkurrenzkampf mit den Vereinigten Staaten“ [7] begründet wird. Es gibt eben nicht auf der einen Seite die „böse“ USA, und auf der anderen die „gute EU“. Das „alte Europa“ hat nicht die Intention, „Friedensmacht“ zu sein, sondern will seine eigenen Interessen sowohl wirtschaftlich als eben auch militärisch durchsetzen. Ziel ist auch eine Gegen-Militärmacht. Die Grundstrukturen sind gleich: Es geht der EU wie den USA darum, Kriege in Regionen im Süden führen zu können. Der „Pralinengipfel“ in Brüssel Ende April hat gezeigt, dass die Regierungen, die sich gegen den Irak-Krieg wandten, nur gegen diesen Krieg waren, nicht aber gegen Krieg als Mittel der Politik. Belgien, Frankreich, Luxemburg und Deutschland verabredeten eine weitere stärkere militärische und Rüstungszusammenarbeit. So ist ein eigenständiger Militärstab der EU vorgesehen. Bei der Herausbildung einer Militärmacht EU sollen einige vorangehen können. Das alte Kerneuropakonzept findet sich hier auf der militärischen Ebene wieder.

Zentrale Akteure der Herausbildung einer Gegen-Militärmacht EU sind neben der französischen Regierung die deutsche Regierung. Die Bundesregierung hält sich dabei wie immer alle Optionen offen, sie will alle möglichen Hüte nutzen: Ob das nun die Europäische Union ist, die NATO, die UNO, ob das ad-hoc-Bündnisse sind oder auch rein nationale Einsätze.

Präventivkriegskonzept durch eine der Hintertüren?

Aus der Schlussfassung der neuen VPR wurde das im Entwurf enthaltene „Präventivkriegskonzept“ wieder gestrichen. „Die Welt“ schreibt dazu: „Anders als in einem früheren Entwurf wird in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR)... die Möglichkeit präventiver Militäraktionen nicht mehr betont. In dem 22-seitigen Papier... fehlt ein Satz aus dem Entwurf, in dem es hieß, „vor allem“ gegenüber nichtstaatlichen Akteuren und Terroristen „können zur politischen Krisenvorsorge komplementäre militärische Maßnahmen zur Abwehr der Bedrohung frühzeitig notwendig werden“. Jetzt wird deutlich zurückhaltender formuliert: „Zur Abwehr von Bedrohungen sind zudem vor allem gegenüber nicht-staatlichen Akteuren entsprechende zivile und militärische Mittel und

Fähigkeiten zu entwickeln.“ Was „Die Welt“ nicht schreibt ist, dass diese Formulierung in den neuen VPR allen Interpretationen Tür und Tor offen lässt. Eine explizite Festschreibung des Präventivkriegskonzeptes ist dies nicht. Insofern könnte man die Korrektur des Entwurfs auch als einen späten Sieg der Friedensbewegung bezeichnen, denn insbesondere aus ihren Reihen war das mögliche Präventivkriegskonzept benannt und kritisiert worden. Doch leider kann immer noch das Präventivkriegskonzept in den Text hineininterpretiert werden. Als Kernbereiche von Bundeswehreinsätzen werden in den VPR folgende zwei Punkte definiert: „Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ (10) sowie „Unterstützung von Bündnispartnern“ (10). Wobei diese beiden Optionen alternativ genannt sind und es durchaus nahe liegt, zu vermuten, dass „multinationale Sicherheitsvorsorge“ (vgl. Punkt 11 der VPR) im Rahmen von NATO und EU nicht in jedem Fall das Ziel haben muss, schon bestehende Krisen zu bekämpfen (wie auch immer dies militärisch funktionieren soll), sondern bereits einzugreifen, bevor eine konkrete Bedrohung entsteht. Außerdem wird das Konzept der „präventiven Kriegsführung“ sowohl im Rahmen der NATO als auch der EU intensiv diskutiert [8].

Johannes Rau zur deutschen Kriegspolitik

Johannes Rau hielt am 19.05. in Berlin seine außenpolitische Grundsatzrede. An dieser war auffällig, dass Rau ähnliche Begrifflichkeiten benutzt, wie sie in den zu diesem Zeitpunkt noch nicht veröffentlichten VPR benutzt werden: „Die Herausforderungen, vor denen wir gemeinsam stehen, sind ungemein vielfältig: ... die weltweit organisierte Kriminalität wie zum Beispiel der Drogenhandel, der internationale Terrorismus, vor allem in Verbindung mit religiösem Fanatismus.“ Rau erklärt zentrale Aussagen der VPR auch zu seinen eigenen: „Deshalb müssen wir bereit sein, Gewalt auch mit militärischen Mitteln zu begegnen - und diese Bereitschaft muss glaubwürdig sein. Eine handlungsfähige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss deshalb auch eine militärische Komponente haben.“

Gleichzeitig gibt Rau aber auch seiner Sorge Ausdruck, dass die neue deutsche Militär- und Kriegspolitik von vielen in der Bevölkerung nicht mitgetragen wird. In bezug auf die Bundeswehr stellt er z. B. fest: „Die neue Sicherheitspolitik und die völlig veränderte Rolle der Bundeswehr ist in den vergangenen Jahren im Bewusstsein unseres Volkes nicht annähernd so verar-

beitet worden, wie das notwendig wäre... Ich vermisse eine breit geführte gesellschaftliche Debatte über die Frage, wie die Bundeswehr der Zukunft aussehen soll... Nirgendwo ist eine Regierung so sehr auf Unterstützung und Einverständnis der Menschen angewiesen wie dann, wenn die Bundeswehr als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik eingesetzt wird...Wie immer auch die Antwort lauten mag, zu der wir kommen werden, sie muss am Ende einer gesellschaftlichen Debatte stehen. Wir brauchen einen breiten Konsens.“

Tatsächlich werden die Veränderungen in der Bundeswehr und die deutschen Kriegseinsätze von einer Mehrheit der Bevölkerung nicht aktiv unterstützt, sondern eher passiv hingenommen. Die „Welt“ schildert diesen Zustand am 02.02.03 mit den Worten: „Manchmal werden bahnbrechende Weichenstellungen übersehen: Mit seinem Satz, die Freiheit könne auch am Hindukusch verteidigt werden, hätte Verteidigungsminister Struck hier zu Lande eigentlich einen pazifistischen Aufschrei erzeugen müssen. Aber auch als Bundeswehr-Generalinspekteur Schneiderhan Präventivschläge mit deutscher Beteiligung ins Spiel brachte, blieb es ruhig.“ Das geplante Präventivkriegskonzept für die Bundeswehr war offensichtlich noch nicht in der Gesellschaft durchsetzbar. Die Betonung liegt auf „noch“. Die Bundesregierung betreibt weiter ihre Doppelstrategie: Einerseits sich als „Friedensmacht“ zu gerieren und andererseits zeitgleich die Militärmacht Europäische Union auszubauen und die Bundeswehr zur weltweiten Interventions- und Einsatzarmee zu machen. Diese beschriebene „Ruhe“ und das Agieren der Bundesregierung in Sachen Bundeswehr muss auch der Friedensbewegung und der kritischen Friedensforschung große Sorge bereiten.

Anmerkungen

[1] Die Ziffern beziehen sich auf die Punkte in den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien

[2] zitiert nach dpa, 24.05.2003

[3] zitiert nach dpa, 23.05.2003

[4] vgl. dazu auch Baumann, Hannes: Effizienz kontra Transparenz in Wissenschaft und Frieden 3/2003

[5] zitiert nach Reuters 27.05.2003

[6] <http://www.cap.uni-muenchen.de>

[7] Manager-Magazin, 06.03.2003

[8] Vgl. hierzu z.B. Pflüger, Tobias: IMI-Analyse 2002/86b, „Präventivkriege jetzt auch deutsche Politik?“ <http://www.imi-online.de/2002.php3?id=290>

Tobias Pflüger ist Vorstand der Informationsstelle Militarisierung e.V.

Einsatz von Napalm-Bomben im Irak-Krieg - Deutsche Mithilfe beim Transport?

von Silke Reinecke

Der bereits während des Irak-Krieges aufkeimende Verdacht, die USA hätten Waffen eingesetzt, bei denen es sich in ihrer Wirkweise um Napalm-Bomben handelt, wurde nach anfänglichen Dementis nun seitens hochrangiger US-Militärs bestätigt.

MK-77-Bomben - grausame und völkerrechtswidrige Waffen

Nach Informationen der San Diego Union Tribune vom 05. August 2003 und des ARD-Magazins Monitor vom 07.08.2003 wurden im Irak-Krieg sogenannte Mark-77 (MK-77) Bomben abgeworfen, die sich in ihrer Wirkung nur unwesentlich von den aus dem Vietnam-Krieg bekannten Napalm-Bomben unterscheiden. Die Bomben sind leichte, zigarrenförmige Aluminiumkanister, die beim Aufprall zerbersten und bis zu 280 l brennbares Gel, das durch Zünder entzündet wird, in weitem Umkreis verbreiten. Der Unterschied zu den früher verwendeten Napalm-Bomben besteht lediglich in der Wahl des verwendeten Benzins und dadurch einer etwas veränderten Zusammensetzung. Napalm ist eine Mischung aus 21 % Benzol, 33 % herkömmlichem Benzin (wie es auch für Autos verwendet wird) und 46 % Polystyren (einem weißen Kunststoff, verwendet z.B. für Geschirr oder Tablett). Benzol ist auch deswegen nötig, da sich Polystyren nicht in Benzin, wohl aber in Benzol lösen lässt.

In den jetzt verwendeten MK-77 wird anstelle des herkömmlichen Benzins kerosinreiches Flugbenzin (mit einer geringeren Benzolkonzentration) verwendet. Der Marinesprecher Col. Michael Daily wird in der San Diego Union Tribune zitiert, die neuere Version hätte geringere Umweltschäden zur Folge, sei in ihrer Wirkung aber so ähnlich wie die Napalm-Bombe, dass viele sie weiterhin Napalm-Bombe nennen würden. Abgeworfen werden sie von AV-8 Harrier- und FA-18 Hornet Kampfsjets. Im März und April dieses Jahres haben sich US-Marines damit wohl den Weg nach Bagdad freigebombt. Von militärischer Seite bestätigt wurde der Einsatz gegen feindliche Stellungen in der Nähe einer Brücke über den Saddam-Kanal im Zentralirak sowie in der Nähe einer Brücke über den Tigris nörd-

lich von Numaniyah. Gegenüber CNN und dem Sydney Morning Herald soll auch der Einsatz der MK-77 gegen eine feindliche Stellung am Safwan-Hill nahe der kuwaitischen Grenze, an einer Hauptinvasionsroute der Marines, eingeräumt worden sein.

Anfänglich wurden die Verdachtsmomente bezüglich der Verwendung von Napalm-Bomben, die von „embedded journalists“ geäußert wurden, seitens des Pentagon dementiert. Nun reden sich Militärsprecher damit heraus, dass ja ein Unterschied zwischen Napalm- und MK-77-Bomben bestehe, und daher ihre vorherige Aussage zuträfe. Seien sie nach Brandbomben im Allgemeinen gefragt worden, hätten sie gleich deren Einsatz bestätigt.

Ein Unrechtsbewusstsein besteht jedoch nicht. Brandbomben werden als Waffen wie andere auch betrachtet. „Die Generäle lieben Napalm. Es hat einen hohen psychologischen Effekt“, wird Col Randolph Alles, Kommandeur der Marine Air Group 11, zitiert.

Dabei handelt es sich bei Napalm- und den vergleichbaren MK-77-Bomben um eine äußerst grausame Art zu töten. Wegen der Flächenwirkung der Brände ist eine Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Zielen nicht zu leisten, so dass wie so oft die meisten Opfer unter der Zivilbevölkerung zu erwarten sind. Zahlen zum Irak-Krieg im Frühjahr liegen hierzu allerdings nicht vor. Das Verbrennen bei lebendigem Leibe gehört zu den qualvollsten Todesarten. Die überlebenden Opfer tragen schwerste, verstümmelnde Verletzungen davon, deren Behandlung in einem kriegszerstörten Land unmöglich auch nur halbwegs adäquat gewährleistet werden kann. Daher sind diese Waffen auch international geächtet.

Bereits im Haager Abkommen von 1907 lautet Art. 22: „Die Kriegsführenden haben kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes.“ Und weiter heißt es in Art. 23: „ist namentlich untersagt: (...) der Gebrauch von Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, unnötig Leiden zu verursachen.“ Das Völkerrecht spricht hier bereits eine deutliche Sprache, ebenso wie in späteren Texten,

die allerdings bezeichnenderweise nicht mehr von den USA ratifiziert wurden. Das Zusatzprotokoll III der UN-Waffenkonvention verbietet ausdrücklich den Einsatz von Brandbomben gegen die Zivilbevölkerung. Auch im Zusatzprotokoll von 1977 zur Genfer Konvention wurde erneut der Einsatz von Waffen, die „überflüssiges Leiden“ oder „übermäßige Verletzungen“ hervorrufen, verboten. Aus diesen Bestimmungen geht klar hervor, dass der Einsatz von Napalm- und den nur unwesentlich veränderten MK-77-Brandbomben völkerrechtswidrig ist, weil sie unterschiedslos wirken und „unnötiges“ Leiden bei den Opfern dieser Bomben hervorrufen.

Deutsche Beihilfe?

Es stellt sich angesichts dieser Tatsachen die Frage, ob deutsche Truppen auch an diesem Kriegsverbrechen indirekt beteiligt waren. Die San Diego Union Tribune berichtete, dass die Mark-77-Brandbomben bereits in den Wochen vor Kriegsbeginn auf dem Seeweg nach Kuwait transportiert wurden. Hier fängt es an, interessant zu werden.

Der ARD-Weltspiegel (09.03.2003) begleitete die Fregatte der deutschen Marine „Mecklenburg-Vorpommern“ bei ihrem Einsatz im Rahmen von „enduring free-

dom“ am südlichen Ausgang des Roten Meeres. Das ARD-Team konnte dabei erfahren, dass die „Mecklenburg-Vorpommern“ das Transportschiff „Gordon“ der US-Navy begleitet hat.

Bei der „Gordon“ handelt es sich nach Informationen der FAS (Federation of American Scientists) um ein ca. 290 m langes Roll-on/Roll-off-Transportschiff, das u.a. 58 Panzer und über 900 Lastwagen sowie Ausrüstung zur Unterstützung von Kampfaufträgen transportieren kann. Damit ist die „Gordon“ eines von 19 sogenannten LMSR (large, medium-speed, roll-on/roll-off ships), die nach den Erfahrungen des vorausgegangenen Golfkrieges zur Verbesserung der Seetransportkapazität um- oder neu gebaut wurden und selbst unbewaffnet sind. Letzteres lässt die Begleitung durch ein Kriegsschiff wie die „Mecklenburg-Vorpommern“ für die US-Navy natürlich wünschenswert erscheinen.

Doch dies scheint nicht die einzige Eskorte durch die „Mecklenburg-Vorpommern“ gewesen zu sein. Auf der Homepage des ARD-Weltspiegels heißt es: „Die Kriegsschiffe des internationalen Verbandes im Seegebiet vor dem Horn von Afrika werden in den letzten Wochen immer mehr für solche Geleite eingesetzt. Die Grenzen

zwischen dem Anti-Terroreinsatz und dem Aufmarsch gegen den Irak sind jedenfalls in der Vorbereitungsphase fließender geworden.“ Über den Einsatzort der „Mecklenburg-Vorpommern“ ist zu lesen: „Die Wasserstraße gehört zu den am dichtesten befahrenen der Welt. Durch sie läuft ein großer Teil des Nachschubes für den Aufmarsch gegen den Irak.“

Mit diesen Informationen beginnen eigentlich erst die entscheidenden Fragen. Wie viele Kriegsschiffe mit welchem Kriegsgerät wurden von deutschen Kriegsschiffen sicher Richtung Einsatzgebiet geleitet? Haben auch deutsche Truppen dafür gesorgt, dass Waffen wie die Napalm-Bomben und DU-Munition störungsfrei zu den US-Truppen im Einsatz transportiert wurden? Weiß die Bundeswehr, was sich in den Transportschiffen befand, die sie eskortierte? Fragen über Fragen...

Auch vor dem Hintergrund des jetzt bestätigten verbrecherischen Einsatzes menschenverachtender Napalm-Brandbomben ist die Notwendigkeit noch einmal deutlich geworden, eine lückenlose Aufklärung über die deutsche Rolle im Irak-Krieg einzufordern.

Silke Reineke ist Ärztin und IMI-Beirat

Dubiose Kameraden

Veteranenblatt: Deutsche Armee sollte weltweit für „innere Sicherheit“ sorgen

von Ulrich Sander

Deutschlands soldatische Traditions- und Aktivistenverbände üben sich in Kameradschaftspflege. In der Ausgabe der Monatszeitschrift Die Gebirgstruppe, dem Blatt der „Kameraden unterm Edelweiß“, begeistert sich Exgebirgstruppengeneral Klaus Reinhardt daran, daß die USA und England im Irak „voll auf Risiko“ gefahren seien und demonstriert hätten, „wozu eine kleine, aber höchst modern ausgerüstete und flexibel geführte Streitmacht heute fähig ist“. Tiefe Verachtung hat er für die Bundesregierung übrig: Diese rede über Wehrpflicht und Standorte, nicht aber über „die dringend überfällige technische Modernisierung der Bundeswehr“. Der ehemalige KFOR-Oberbefehlshaber im Kosovo hatte bereits im Juli 2002 bei einem Vortrag in Weilheim gefragt, warum man denn die Bundeswehr nicht zu Hause einsetze. Schließlich sei doch auch im Ausland die zentrale Aufgabe der KFOR und anderer internationaler Eingreiftruppen gewesen, dort für

„innere Sicherheit“ zu sorgen. Die toten US-Soldaten hätten das Schicksal mit den gefallenen deutschen Kameraden von einst gemeinsam, stellt Die Gebirgstruppe fest: „Ihnen wird vorgeworfen, bei einem Angriffskrieg für ihr Vaterland gefallen zu sein.“ Womit die Jäger von einst und jetzt bei ihrem Lieblingsthema sind, dem Vorbild der Naziwehrmacht.

Nachdem das 46. Pfingsttreffen der Nazigebirgsjäger am Hohen Brendten bei Mittenwald im Juni zum zweiten Mal von protestierenden Antifaschisten besucht wurde, empört sich die Gebirgstruppe, daß „die Radaubröder, die schon im Vorjahr unsere Brendtenfeier zu stören versuchten“, auch „heuer wieder“ dagewesen seien. „Schon der Gedanke zu solchem Frevel ist verwerflich.“ Der Frevel der VVN-BdA und des Arbeitskreises „Angreifbare Traditionspflege“ lief darauf hinaus, rund 200 überlebende Kriegsverbrecher namentlich und lautstark zu benennen, was einige

der Genannten zur Erstattung von Anzeigen veranlaßte. Die 400 demonstrierenden Antifaschisten kündigten an, eine Tradition aus den Enthüllungen zu machen - und auch nächstes Jahr wiederzukommen. Vorher findet am 20. September, dem Jahrestag des Massakers auf der griechischen Insel Kephallonia 1943, vor der zuständigen Staatsanwaltschaft in Dortmund eine Protest- und Aufklärungsaktion statt.

Der Kameradenkreis der Gebirgstruppe will sich jetzt von einer anderen, einer „versöhnlichen“ Seite zeigen, wie es heißt. Erstmals legte er am vergangenen Wochenende an Orten von Wehrmachtsmassakern auf Kephallonia und in Kommeno/Nordgriechenland Kränze nieder.

Ulrich Sander ist Vorstand im VVN-BdA und IMI-Beirat

Die rechtliche Situation des EUCOM in Deutschland

Tobias Pflüger

Das EUCOM ist als europäische Kommandozone der US-Streitkräfte zuständig für Europa, Afrika und dem Nahen Osten. Der Kommandobereich umfasst 33,7 Millionen Quadratkilometer und damit 83 Länder. Auf welcher rechtlichen Grundlage besteht eigentlich das US-European Command (US-EUCOM) in Stuttgart-Vaihingen?

Zentrale rechtliche Grundlage für die Stationierung von Truppen anderer Länder in Deutschland sind das NATO-Truppenstatut (NTS) und vor allem das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut (ZA-NTS). Das NATO-Truppenstatut von 1951 (NTS) (BGBl. 1961 II 1190) gilt in Deutschland für die Truppen Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas, der Niederlande und der USA. Wichtiger ist jedoch das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut von 1959 (ZA/NTS) (BGBl. 1961 II 1218; 1973 II 1022; 1994 II 2594). Im ZA-NTS werden die Rechte und Pflichten „der Truppe, des zivilen Gefolges und aller Angehöriger“ der ausländischen Truppen geregelt. Das gilt insbesondere auch für militärische Übungen und Manöver und für Steuerprivilegien (!). Das NTS gilt nur in den alten, nicht in den neuen Bundesländern. Wobei für das EUCOM und alle anderen hier in Deutschland befindliche militärische Infrastruktur sehr wichtig ist, dass es 1994 eine Änderung des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gegeben hat. Der Richter am Bundesverwaltungsgericht Dieter Deiseroth schreibt dazu: „In der bis 1994 geltenden Fassung dieses Zusatzabkommens (ZA-NTS 1959), das in diesem Bereich die Regelungen aus der Besatzungszeit als Vertragsrecht weitgehend fortführte, war den in Deutschland im Rahmen der NATO stationierten US-Truppen eine sehr weitgehende Bewegungsfreiheit im deutschen Luftraum eingeräumt: Eine „Truppe“ war berechtigt, mit Luftfahrzeugen „die Grenzen der Bundesrepublik zu überqueren sowie sich in und über dem Bundesgebiet zu bewegen“ (Art. 57 Abs. 1 ZA-NTS 1959).“ (Zitiert nach: Deiseroth, Dieter: „Zur geltenden Rechtslage - US-Stützpunkte in Deutschland im Irak-Krieg in Wissenschaft und Frieden 1/2003)

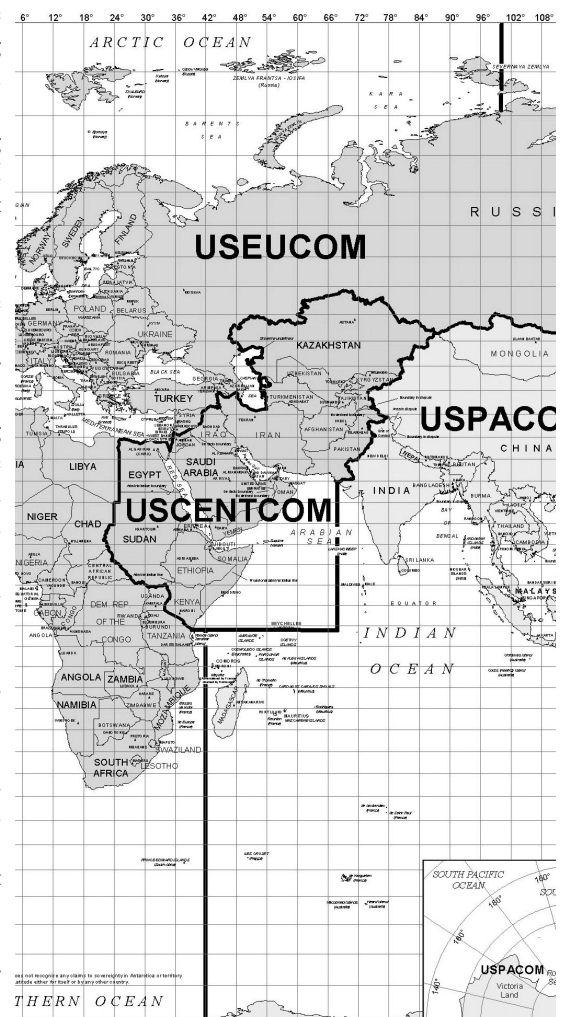
In der neuen Fassung des ZA-NTS von 1994 ist genau das geändert worden. Seit

1994 benötigen die in Deutschland stationierten Truppen der oben genannten Länder grundsätzlich eine Genehmigung durch die Bundesregierung, „wenn sie mit Land-, Wasser- oder Luftfahrzeugen in die Bundesrepublik „einreisen oder sich in und über dem Bundesgebiet bewegen“ wollen (Art. 57 Abs.1 Satz 1 ZA-NTS 1994).“ (zit. nach Deiseroth) Für alle Militärstandorte, also auch für die britischen und us-amerikanischen gilt dies genauso. Vertraglich geregelt wurde, dass diese Standorte „zur ausschließlichen Benutzung überlassen“ worden sind und so dürfen diese nach Art. 53 Abs. 1 ZA-NTS „die zur Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderlichen Maßnahmen treffen“. Nach Abs. 2 der ZA-NTS gilt dies „entsprechend für Maßnahmen im Luftraum über den Liegenschaften“. (zit. nach Deiseroth) Interessant dabei ist die Formulierung „Verteidigungspflichten“. Dies war explizit beispielsweise beim völkerrechtswidrigen Irakkrieg nicht der Fall. Hier wurden vom EUCOM aus sämtlicher Kriegsnachschub koordiniert. Der Krieg selbst wurde vom CENTCOM organisiert. Das CENTCOM hat seinen eigentlichen Sitz in Tampa, Florida, jedoch wurde die Befehlszentrale und weitere wichtige Teile des CENTCOM nach Qatar verlegt, von dort aus wurde dann der Irakkrieg koordiniert. Die zentralen Transporte für den Irakkrieg liefen über die Rhein-Main Airbase in Frankfurt, die Airbases Ramstein und Spangdahlem. Offensichtlich ist die Nutzung der drei großen us-amerikanischen Militärstandorte in Deutschland) zentral für den Aufmarsch in die Golfregion gewesen. (Näheres und ausführlicher hierzu siehe: Pflüger, Tobias: Zwiespältiges - Die deutsche Rolle im Irakkrieg, in: Wissenschaft und Frieden, 02/2003.). Insofern wurde auch durch das EUCOM explizit das Grundgesetz und das Völkerrecht gebrochen.

Johannes Heinen, Regierungsdirektor an der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik,

Mannheim weißt darauf hin, dass sich ausländische Streitkräfte an deutsche Gesetze halten müssen: „Die verbündete Entsendetruppe hat gemäß Art. II NTS das Recht des Aufnahmestaates Deutschland zu achten. Dies gilt auch bei der Wahrnehmung von Eigenschutzrechten, unabhängig davon, ob diese sich unmittelbar aus dem deutschen Recht oder aus völkerrechtlichen Vereinbarungen ergeben. Die Angehörigen verbündeter Streitkräfte können sich nicht über grundlegende Rechtssätze des Aufnahmestaates hinwegsetzen.“ (zit. nach Heinen, Johannes, Absicherung von Liegenschaften und Transporten der verbündeten Streitkräfte in Deutschland, Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik, Mann-

AREAS OF RESPONSIBILITY



heim, 12.02.03) Heinen zeigt die Grenzen der Hoheit der stationierten Armeen auf: „Voraussetzungen, Umfang und Grenzen des Handelns von Angehörigen der verbündeten Streitkräfte ergeben sich dabei aus dem deutschen Recht. Die Befugnisse gelten sowohl innerhalb als auch außerhalb verbündeter Liegenschaften. Innerhalb ihrer Liegenschaften stehen den verbündeten Streitkräften weitere Befugnisse zu. Nach Art. VII Abs. 10a NTS haben sie dort die „Polizeigewalt“. Sie können hier alle geeigneten Maßnahmen treffen, um die Ordnung und Sicherheit innerhalb der Liegenschaft aufrechtzuerhalten. Die Maßnahmen dürfen von der Militärpolizei wie auch der Wache ergriffen werden. Unter „Liegenschaften“ sind „alle Lager, Anwesen und andere Liegenschaften“ zu verstehen, die die Entsendetruppen „aufgrund einer Vereinbarung mit dem Aufnahmestaat innehaben“. Die Entsendetruppe muss mindestens Besitzer sein. Die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit/Ordnung dürfen nur innerhalb der Liegenschaft ergriffen werden. Damit scheidet Maßnahmen der Vorfeldsicherung (z.B. Kontrollen außerhalb der Liegenschaft) oder der polizeilichen Nacheile aus.“ (zit. nach Heinen)

Für das EUCOM gilt zudem eine relativ unbekanntere Vereinbarung: Das „Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Obersten Hauptquartier der Alliierten Mächte Europa, über die besonderen Bedingungen für die Einrichtung und den Betrieb internationaler Hauptquartiere in der Bundesrepublik Deutschland“ (BGBl 1969 Teil II S. 2009ff.) Dieses sogenannte „HQ-Protokoll“ (HQ wie Headquarter) wurde am 28.8.1952 (BGBl. 1969 II 2000) rechtskräftig. Im wesentlichen sind hier die Regelungen wie im ZA-NTS.

Politisch gesehen ist das EUCOM formal an deutsche Gesetze gebunden, Problem dabei ist, dass die deutsche Seite, siehe Irakkrieg selbst kein Interesse hat, z.B. die Regelung des Grundgesetzes in Artikel 26.1. durch- und umzusetzen, nämlich Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges. So kommt es zu guter Zusammenarbeit von deutschen und us-amerikanischen Offiziellen, wenn es darum geht, das EUCOM vor Demonstrationen zu „schützen“. Offensichtlich ist aber das EUCOM aufgrund seiner zentralen Rolle bei der Militär- und Kriegspolitik die richtige Adresse für Proteste und Widerstand. Protest und Widerstand, der sich logischerweise auch immer gegen die deutsche Militär- und Kriegspolitik zu richten hat.

Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler und IMI-Vorstand

Zwang zur Aufrüstung durch EU-Verfassung

von Uwe Reinecke

Am 3.Sep. 2003 durfte das EU-Parlament über die EU-Verfassung debattieren. Der deutsche Außenminister warnte das Parlament zuvor davor, an dem Entwurf des Konventspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing etwas ändern zu wollen: „Entweder so oder gar keine EU-Verfassung.“ verlautete es herrisch aus dem Auswärtigen Amt in Berlin. Die Gründe für diese Regierungsposition liegen klar auf der Hand. Das soll folgender Artikel zeigen.

Atomkraft durch die Hintertür und Absicherung der neoliberalen Globalisierung

Die Verfassung hat etwa 260 Seiten und ist in vier Abschnitte unterteilt. Hinzu kommt noch ein Anhang von Zusatzvereinbarungen, die ebenfalls Verfassungsrang erhalten. Der Abschnitt IV ist hier zu vernachlässigen. Dort geht es um Übergangs- und Schlussbestimmungen. Die Anhänge haben es eher verdient, dass man sich näher mit ihnen befasst. So gibt es ein „Protokoll zur Änderung des EURATOM-Vertrags“. Darin werden ein paar Änderungen am EURATOM-Vertrag vorgenommen, die rein formal erscheinen, aber bewirken, dass der bestehende Vertrag in die Verfassung integriert wird. Da die „zivile“ Nutzung des Atoms direkt etwas mit militärischer Nutzung zu tun hat, ist klar, dass Deutschland als uneingeschränktes Mitglied der EU und der NATO indirekt zur Atomstreitmacht gemacht wird (beachte auch deutsches TORNADO-Geschwader unter NATO-Befehl mit Atombewaffnung) und der „zivile Atom-Ausstieg“ nur Farce ist.

In Abschnitt II werden die Grundrechte festgeschrieben. Über diesen Abschnitt kann man sagen, dass zum Beispiel Kinderrechte festgeschrieben werden. Diese EU-Kinderrechte bleiben aber hinter der UN-Erklärung zu den Rechten der Kinder zurück, da Kinder nicht als frei handelnde Subjekte, sondern nur als zu schützende Objekte genannt werden.

Ferner sollte Beachtung finden, dass beispielsweise im Abschnitt III die EU auf dem „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ baue. Gemeint ist hiermit unzweideutig die Festlegung auf ein kapitalistisches Wirtschaftssystem unter den neoliberalen Globalisierungsbedingungen. Diese Wirtschaftsform kann sich erfah-

rungsgemäß mittel- und langfristig nur mir Repression nach innen (z.B. Telefonüberwachung, Asyl) und Krieg nach außen über (dem privatisierten) Wasser halten. Eine andere Wirtschaftsform wäre somit verfassungswidrig. Erinnert sei daran, dass das Grundgesetz sehr wohl ein anderes als das kapitalistische Wirtschaftssystem zulässt.

Zum Wesentlichen: Die militärischen Komponenten der Verfassung

Militärisch - und damit für Rot-Grün - interessant sind allerdings besonders der erste und der dritte Abschnitt. In Artikel 40 Absatz 1 (Abschnitt I) wird unverhohlen festgelegt, dass die „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist. Sie sichert der Union die auf zivile und militärische Mittel gestützte Fähigkeit zu Operationen.“

Militärische Operationen sind in der universitären MedizinerInnen-Ausbildung übrigens unbekannt.

„Auf diese (Fähigkeit zu Operationen; U.R.) kann die Union bei Missionen (Gott mit uns? U.R.) außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit ... zurückgreifen.“ Im Artikel 40 Absatz 3 heißt es u.a.: „... Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Damit hat die Verpflichtung zum Aufrüsten Verfassungsrang. Das ist wohl einmalig in der weltweiten Geschichte des Verfassungsrechts. Abrüstung wäre verfassungswidrig (Gemeinsame Abrüstung ist nach einstimmigen Beschlüssen möglich. Dazu später mehr.)

Aufrüstung ist jedenfalls ein quasi einklagbares Grundrecht der Rüstungsindustrie.

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte lassen erwarten, dass deutsche Regierungen beim „schrittweisen Verbessern ihrer militärischen Fähigkeiten“ „Siebenmeilenstiefel“ überziehen werden. Im Absatz 3 des Artikel 40 heißt es dann weiter: „Es wird ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, ...“ Das Amt soll ausdrücklich nicht zur Rüstungskontrolle, zum Rüstungsstopp oder gar zur

Abrüstung eingesetzt werden. Aufgabe ist die Aufrüstung. Artikel 212 regelt Näheres dazu.

Ferner legt der Absatz 2 des Artikels 40 fest, dass zwar einerseits eine „gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik“ angestrebt wird, aber andererseits, dass Einzelstaaten ihre Verpflichtungen innerhalb der NATO unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen in der EU wahrnehmen. Das heißt, dass die EU-Staaten, die nicht in der NATO organisiert sind, die NATO-Politik mittragen müssen. Das führt letztlich zu einer „Quasi-Mitgliedschaft“ aller EU-Staaten in der NATO. Die EU als ziviler Staatenzusammenschluss existiert nicht mehr und ist zu einem Militärbündnis neben der NATO verkommen, wobei die NATO-Politik Verfassungsrang hat und von einer Minderheit der Nicht-NATO-Staaten innerhalb der EU nicht verhindert werden kann.

„Über militärische Einsätze der EU entscheidet der Ministerrat“, regelt Artikel 40 Absatz 4. Das EU-Parlament bleibt also außen vor. Das BVerfG in Karlsruhe hatte zwingend vorgeschrieben, dass der Bundestag über jeden einzelnen Auslandseinsatz der Bundeswehr zu entscheiden habe. Dieses Recht des Parlaments wird EU-weit gestrichen. Absatz 8 regelt lediglich, dass das EU-Parlament zu den „wichtigsten Aspekten“ regelmäßig zu hören sei und über die Entwicklung der „grundlegenden Weichenstellungen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf dem Laufenden gehalten“ wird. Artikel 205 Absatz 1 präzisiert dieses „Parlamentsrecht“ in der geschilderten Weise. Absatz 2 geht dann richtig weit in den Rechten des Parlaments: „Das Europäische Parlament kann Anfragen an den Ministerrat und den Außenminister der Union stellen.“ Ob diese Anfragen ausführlich-inhaltlich, zügig und vor allem wahrheitsgemäß beantwortet werden müssen, ist nicht geregelt.

In Artikel 40 Absatz 6 sichern sich die EU-Staaten, die „anspruchsvolle Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind“, eben dieses Recht zu und verhindern damit, dass andere Mitgliedstaaten ein solches (sprich kriegerisches) Vorgehen be- oder gar verhindern können.

Artikel 41 Absatz 1 formuliert: „Die Union bildet einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.“ Diese Gewissensberuhigung erscheint notwendig, da in der Verfassung mehrfach auf militärische Einsätze außerhalb der EU eingegangen wird. Dabei wird deutlich, dass es bei solchen militärischen Maßnahmen nicht um

Menschenrechte und Demokratie, sondern um Einfluss und Wirtschaftsinteressen entgegen dem Recht geht.

Die Artikel 42 und 195 legen fest, dass die „EU gemeinsam im Geiste der Solidarität handelt.“ Wie die EU angesichts der fortschreitenden Entsolidarisierung der Sozialsysteme diesem Anspruch gerecht werden will, bleibt unerwähnt. Vielmehr meint der Entwurf, dass die Regierungen sich politisch und militärisch untereinander „solidarisch“ verhalten. Das erkennt man, wenn man die folgenden Artikel liest. So zum Beispiel Artikel 198 Absatz 1: „Verlangt eine internationale Situation (Wer hat sie wie verursacht? U.R.) ein operatives Vorgehen der Union, so erlässt der Ministerrat die erforderlichen Europäischen Beschlüsse.

Absatz 2: Diese Europäischen Beschlüsse sind für die Mitgliedstaaten bei ihren Stellungnahmen und ihrem Vorgehen bindend.“ Das ist die versprochene Solidarität.

Artikel 210 nun erwähnt die angesprochene Möglichkeit der verfassungskonformen Abrüstung: „Die in Artikel 40 Absatz 1 vorgesehenen Missionen, bei deren Durchführung die Union auf zivile und militärische Mittel zurückgreifen kann, umfassen gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, ...“

Absatz 2 stellt klar: „Der Ministerrat erlässt die Europäischen Beschlüsse über Missionen des Absatzes 1 einstimmig; In den Beschlüssen sind Ziel und Umfang der Missionen sowie die für sie geltenden allgemeinen Durchführungsbestimmungen festgelegt.“ Das bedeutet unzweideutig, dass (einseitige) Abrüstungsmaßnahmen oder Abrüstungsverträge eines EU-Staates mit einem Nicht-EU-Staat verfassungswidrig sind, wenn diese Maßnahmen nicht vom EU-Ministerrat einstimmig bestätigt wurden. Ferner ist folgender Aspekt aus Artikel 210 Absatz 1 interessant: „Die in Artikel 40 Absatz 1 vorgesehenen Missionen, bei deren Durchführung die Union auf zivile und militärische Mittel zurückgreifen kann, umfassen ..., Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung.“ Auf einschlägige Erfahrungen aus der Geschichte bezüglich der militärischen Beratung und Unterstützung wird hier zurückgegriffen (Chile).

Der eben zitierte Absatz legt danach fest, dass die zitierten Missionen „Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens sowie Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten“ ebenfalls umfassen.

Wenn in diesem Zusammenhang das Wort Frieden auftaucht, ist erfahrungsgemäß an Krieg zu denken.

Schlussbemerkung

Die Einzelstaaten geben mit dieser Verfassung verstärkt Kompetenzen an die EU ab. Das führt zur Entmachtung der Parlamente, da die Aufgaben in der EU nicht vornehmlich von den Landesparlamenten ins EU-Parlament vergeben werden. Alle tatsächlichen Entscheidungen sollen im Ministerrat oder in der EU-Kommission fallen. Das Parlament ist lediglich zu informieren und zu hören.

Die EU-Verfassung liest sich als Reader des Oberkommandos einer EU-Armee.

Alles ist abgestimmt auf die militärischen Fähigkeiten der EU. Ein paar BürgerInnenrechte stören die Armeen nicht, sondern verbessern die Stimmung in der EU und sind damit auch den Militärs nützlich. Daher werden sie in der Verfassung festgeschrieben. Proteste gegen Militarisation der zivilen Gesellschaft werden mit Repressivmaßnahmen nach innen (verstärkte Zusammenarbeit der Polizeien) klein gehalten.

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren massiv in diese Richtung gearbeitet. Daher wird der Druck auf die EU-ParlamentarierInnen verständlich. Sieht sich die deutsche Regierung doch am Ziel, deutsche Außenpolitik ungeniert (weil international eingebunden) als Militärpolitik zu betreiben.

Während des Jugoslawienkrieges wurde der Bundesregierung Verfassungsbruch vorgeworfen. Diesem Vorwurf und den damit verbundenen Bauchschmerzen kann man mit Hilfe dieser Verfassung bei den nächsten Kriegen entgegen.

Uwe Reinicke ist IMI-Beirat

Kollisionskurs - Droht eine transatlantische Blockkonfrontation?

von Jürgen Wagner

Spätestens mit den Konflikten vor und während des Irak-Krieges dürfte jedem klar geworden sein, dass sich zwischen dem „alten Europa“ und den Vereinigten Staaten ein tiefer Graben aufgetan hat. Der Amtsantritt George W. Bushs und die dramatische Militarisierung der US-amerikanischen Außenpolitik seit dem 11. September 2001 hatten zwar katalysatorische Wirkung, beschleunigten zugleich aber einen sich seit Jahren abzeichnenden Trend. Die Frage, wie Europa möglicherweise mit dem Ausbau einer eigenen Militärmacht auf die US-amerikanische Hegemonialpolitik reagieren soll, ist inzwischen Gegenstand intensiver Debatten, deren Ausgang erheblichen Einfluss auf die künftige Struktur der internationalen Beziehungen haben wird. Jürgen Wagner skizziert die Interessenskonflikte.

Von Hobbes über Kant zu Habermas

Eine der vielbeachteten Reaktionen stammt aus der Feder des Neokonservativen Robert Kagan, dessen Erkenntnisse Javier Solana, dem hohen Vertreter der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), so bahnbrechend erschienen, dass er sie als „must read“ an seinen internen Verteiler herausgab.

Zusammengefasst argumentiert Kagan folgendermaßen: Seit Ende des Kalten Krieges hätten die Vereinigten Staaten die Herausforderungen der neuen Ära angenommen und akzeptiert, in einer „Hobbesschen Welt“ zu leben, in der die Verteidigung der „westlichen Zivilisation“ die Anwendung militärischer Gewalt sowie unilaterales und extralegales Verhalten unbedingt erfordere. Demgegenüber vertrete Europa, bedingt durch seine militärische Schwäche, einen illusorischen, kantischen Ansatz: „Europas militärische Schwäche brachte eine verständliche Aversion gegenüber der Anwendung militärischer Macht hervor. Sie verursachte ein starkes europäisches Interesse an einer Welt, in der nicht Stärke, sondern internationales Recht und internationale Institutionen dominieren.“

Kagan wirft den Europäern vor, in einem „postmodernen Paradies“, einem Wolkenkuckucksheim zu leben. Sie würden die überall lauernden Gefahren nicht ernst genug nehmen, weshalb Washington immer weniger Interesse daran habe, Rücksicht

auf Europa zu nehmen. Als Lösung schlägt er eine Erhöhung der europäischen Militärausgaben vor. Da erst die Fähigkeit zur Ausübung von Gewalt den Weg für den „richtigen“, also militärischen Umgang mit der „Hobbesschen Welt“ ebne, würde sich in diesem Fall die europäische Politik allmählich der Amerikas annähern.[1]

So falsch Kagans Analyse einer friedliebenden europäischen Gemeinschaft ist, so attraktiv scheint diese für viele als Gegenpol zur aggressiv-militaristischen Hegemonialpolitik Washingtons zu sein. Die von Jürgen Habermas, Jacques Derrida und anderen europäischen Intellektuellen angestoßene Initiative zur „Wiedergeburt Europas“ fordert explizit: „Europa muss sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren.“ Hierfür gelte es „mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang zu machen.“

Geprägt wird diese Haltung von dem Irrglauben, es gehe den Mächtigen in Europa um „die Abkehr vom Eurozentrismus [...] und die kantische Hoffnung auf eine Weltinnenpolitik“, geprägt von Multilateralismus und Gewaltverzicht.[2] Die Auffassung, eine Militarisierung der EU sei notwendige Bedingung, um dem amerikanischen Imperialismus Einhalt gebieten zu können, ist inzwischen weit verbreitet.[3]

Die Mär von der Zivilmacht Europa

Ebenso wie Kagan ignorieren diese „Intellektuellen“ die Tatsache, dass eine europäische Zivilmacht bereits heute so gut wie nicht-existent und für die Zukunft überhaupt nicht in Sicht ist. So wurde die ursprünglich vorhandene starke Betonung einer Konzentration der ESVP auf zivile Konfliktverarbeitung nahezu komplett von den militärischen Aspekten verdrängt.[4]

Bereits 1999 wurde die Entscheidung zum schnellstmöglichen Aufbau einer inzwischen für bedingt einsatztauglich erklärten EU-Eingreiftruppe gefällt. Diese soll im Endstadium aus insgesamt 60.000 Einsatzkräften bestehen und innerhalb von 60 Tagen zu Militäreinsätzen herangezogen werden können. Interessant ist der Aktionsradius, den die EU-Staaten für ihre

Interventionsarmee festgelegt haben: 4000 Kilometer rund um Brüssel. Dies widerlegt auch das oft gehörte Argument, Europa müsse sich militarisieren, um Sicherheitsbedrohungen in der unmittelbaren Nachbarschaft selbst entgegenzutreten zu können. Denn nur so könne man sich aus der faktischen Abhängigkeit von Amerika lösen und eine eigenständige Politik betreiben. Nein, offensichtlich geht es um die Etablierung einer global agierenden Interventionsarmee zur Führung von Kriegeinsätzen. Mit der Bildung eines Militärausschusses und eines Militärstabes wurden auch die organisatorischen Rahmenbedingungen für eine offensiv ausgerichtete EU-Truppe geschaffen. Erste EU-Militäreinsätze, „Concordia“ in Mazedonien und „Artemis“ im Kongo, begannen in diesem Jahr.

Zudem ist die, auch in Teilen der Linken verbreitete Auffassung, der Irak-Krieg habe gezeigt, dass Europäer die „Guten“, Amerikaner die „Bösen“ seien, bestenfalls naiv: „Worauf soll sich der Glaube gründen, dass Europa - diesmal moralisch eben noch einmal fein heraus - nicht bei anderer Gelegenheit, geht es um einen Krieg in seinen Interessensphären, vergleichbar handelt?“[5] Gerne wird hierbei auch vergessen, dass der ebenfalls völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien mit tatkräftiger europäischer Mithilfe geführt wurde.

Einer der es besser weiß, Joschka Fischer, betont, dass die EU keineswegs „ein Friedenskorpis aufstellt, sondern eine wirksame Eingreiftruppe.“[6] Auch Solanas Büroleiter Robert Cooper begräbt sämtliche Hoffnungen auf ein friedliches Europa: „Illusionen geben sich jene hin, die von Deutschland oder Europa als einer ›zivilen Macht‹ sprechen.“[7] Die von Solana im Auftrag der EU-Staaten entwickelte Europäische Sicherheitsstrategie (ESS), Ein sicheres Europa in einer besseren Welt vom 20. Juni 2003, bestätigt dies. Sie weist zudem zahlreiche Parallelen zur amerikanischen Nationalen Sicherheitsstrategie auf.

Die Europäische Sicherheitsstrategie: Abschied aus dem Paradies

„Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttosozialprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union - ob es einem gefällt oder nicht - ein globaler Akteur; sie sollte daher bereit sein, einen Teil der Verantwortung für die globale Sicherheit zu tragen.“ (ESS: 2)

Neben Energiesicherung und Peripheriestabilisierung bedeutet anscheinend „globale Sicherheit“, analog zur amerikanischen Doktrin der neuen „Bedrohungstriade“, bestehend aus der Zunahme des Terro-

asmus, der wachsenden Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln sowie dem Scheitern staatlicher Systeme, militärisch zu begegnen. Denn „bei einer Summierung dieser verschiedenen Elemente“ - diese Gefahren lassen sich nur sehr bedingt, wenn überhaupt summieren - könnte „Europa einer sehr ernststen Bedrohung ausgesetzt sein.“ (ESS: 6)

Wie in der US-Doktrin ist diese Bedrohungsanalyse der Türöffner für eine Präventivkriegsstrategie: „Beide Konzeptionen decken sich [...] in der Aussage, dass das Prinzip der Abschreckung unter diesen neuen strategischen Rahmenbedingungen nur noch sehr bedingt funktioniert. Vielmehr müsse über neue aktivere Formen der Sicherheitspolitik nachgedacht werden.“[8] In der ESS wird dem folgendermaßen Rechnung getragen: „Daher müssen wir bereit sein, vor dem Ausbrechen einer Krise zu handeln. Konflikten und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden.“ (ESS: 12) Dankenswerterweise könne hiergegen „nicht mit rein militärischen Mitteln vorgegangen werden“, aber eben auch und wohl auch primär. Selbstredend benötigt man deshalb „mehr Mittel für Verteidigung.“ (ESS: 14) Intensiv wird derzeit über eine Aufweichung der Maastricht-Kriterien diskutiert, aus denen die Verteidigungsausgaben ausgeklammert werden sollen.

Viele Aspekte der ESS decken sich mit dem „liberalen Imperialismus“ Robert Coopers, dessen beide Komponenten von ihm als Grundlage der künftigen europäischen Außenpolitik betrachtet werden. Erstens sei dies „der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt.“ Der zweite Bestandteil des „liberalen Imperialismus“ erinnert verdächtig an die US-amerikanische Sichtweise der internationalen Beziehungen: „Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen - Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.“[9]

Coopers Forderung, dass zukünftig Staa-

ten, die sich nicht an die kapitalistischen Spielregeln halten, unter Umständen auch militärisch gemaßregelt werden, findet sich auch in der ESS: „Eine Reihe von Staaten haben sich von der internationalen Staatengemeinschaft abgekehrt. Einige haben sich isoliert, andere verstoßen beharrlich gegen die internationalen Normen innerer Staatsführung oder des Verhaltens in den internationalen Beziehungen. Es ist zu wünschen, dass solche Staaten zur internationalen Gemeinschaft zurückfinden. Diejenigen, die hierzu nicht bereit sind, sollten sich darüber im Klaren sein, dass sie dafür einen Preis bezahlen müssen.“ (ESS: 10)

Dies allein steht keineswegs im Widerspruch zu den USA. Es ist lediglich Ausdruck des europäischen Abschieds aus dem „postmodernen Paradies“. Cooper und anderen aus diesem Lager geht es darum, den „freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie“, sprich die westlich-kapitalistische Interessensgemeinschaft, gegen Bedrohungen abzusichern. Ihr Problem hierbei ist nicht Washingtons imperiale Politik, sondern, dass sie angemessen an deren Vorteilen beteiligt werden. Gleichzeitig geht es darum, die Tendenz der US-Regierung, auf einen Beitrag der Europäer ebenso wenig Wert, wie auf deren Interessen zu legen, rückgängig zu machen. Es geht nun darum, wie es ein Vorstandsmitglied der SPD-nahen Stiftung Wissenschaft und Politik formuliert, „offen über die Konditionen der weiteren sicherheitspolitischen Zusammenarbeit“ zu verhandeln.[10]

Dies kann aber erst erreicht werden, wenn Europa im militärischen Bereich ernstzunehmende Fähigkeiten besitzt. Wenn George W. Bush schreibt: „Wir kommen hier zu einer entscheidenden Zeit in der Geschichte [...] der zivilisierten Welt zusammen. Ein Teil dieser Geschichte ist von anderen geschrieben worden, der Rest wird von uns geschrieben werden,“ wird dies von Cooper folgendermaßen kommentiert: „Wenn dieses »uns« auch die Europäer einschließen soll, müssen wir mehr Einfluss auf die Vereinigten Staaten ausüben. Und das bedeutet, wir brauchen mehr Macht - auch mehr militärische Macht.“[11] Dies soll sicherstellen, dass künftig Differenzen bei der Ausbeutung der restlichen Welt nicht ausschließlich zugunsten Washingtons beigelegt werden können. Burden and power sharing - mehr Clinton, weniger Bush - ist die strategische Vision Coopers. Mit anderen Worten die Verfolgung eines „ideellen Gesamtimperialismus“ (Robert Kurz). „The West against the Rest.“

Es gibt einige Hinweise dafür, das sich das transatlantische Verhältnis in eine solche Richtung entwickeln könnte. Insbesondere

die beiderseitigen Versuche, die NATO als zentrales Instrument westlicher Interessenswahrung wieder aufzuwerten, sprechen für eine solche Interpretation. Hervorstechend ist hier die Gründung der NATO Response Force (NRF) zur weltweiten Durchführung von NATO-Präventivkriegen, die 2004 einsatzbereit sein soll. Auch die NATO-Übernahme des ISAF-Mandates in Afghanistan deutet auf eine Wiederannäherung hin, wie die Tatsache, dass selbst einige Neokonservative mittlerweile die Notwendigkeit einer gemeinsamen Interessenswahrung betonen.

Allerdings wird dieser Ansatz nur funktionieren, wenn Washington tatsächlich bereit sein sollte, europäische Interessen in einem ungleich höherem Maße als bisher zu respektieren. Für die Zukunft wird deshalb viel davon abhängen, wie sich der „widersprüchliche Doppelstatus der USA als Nationalstaat einerseits und als „ideeller Gesamtimperialist“ andererseits entwickelt.[12]

Imperial Niedergang

Es ist allerdings zweifelhaft, ob ein Interessenausgleich überhaupt möglich ist. Da die USA erklärtermaßen alles daran setzen wollen ihre Hegemonialposition zu bewahren, würde der Verzicht auf die rigorose Wahrung eigener Interessen diese Stellung gefährden und den graduellen Aufstieg anderer Mächte befördern. Dies wird durch die Analyse von Emmanuel Todd weiter verschärft, der überzeugend nachgewiesen hat, dass sich die Vereinigten Staaten bereits in der Phase eines hegemonialen Abstiegs befinden, in der insbesondere die ökonomische Machtbasis zusehends erodiert. Richtigerweise interpretiert er die gegenwärtige US-Kriegspolitik als verzweifeltes Umsichschlagen, um diesen imperialen Niedergang aufzuhalten.[13]

Für Weltsystemanalytiker wie George Modelski sind die gegenwärtigen Konflikte in ein historisch beobachtbares Muster einordenbar. Ihm zufolge „durchläuft jedes Hegemonialsystem einen Zyklus, der schematisch durch vier Phasen charakterisiert werden kann. Auf die (1) Phase der Existenz einer stabilen Weltmacht folgt zunächst (2) eine Phase der Delegitimation, in der die geltende, durch die hegemoniale Nation bestimmte Weltordnung in Frage gestellt wird. Dieser Verlust an Konsens geht über in eine (3) Periode der Dekonzentration in Gestalt konkurrierender Mächte, deren Rivalitäten schließlich in einen (4) Weltkrieg münden.“[14]

Ganz offensichtlich wurden die Phasen eins und zwei „erfolgreich“ passiert. Die Frage bleibt, ob klare Anzeichen für einen

Übergang in die nächste Phase erkennbar sind.

Krisensymptome

Neben dem grundsätzlichen Spannungsverhältnis zwischen unilateralistischer US-Interessenspolitik und den Versuchen, diese über die Einbindung in multilaterale Strukturen abzumildern, lassen sich zahlreiche Konfliktfelder identifizieren, von denen insbesondere drei hervorstechen.

Erstens kämpfen die Vereinigten Staaten und die EU im Bereich der Handelspolitik, vor allem auch im Rüstungssektor - EADS contra Boeing - mit harten Bandagen um Absatzmärkte. Zweitens zeichnen sich grundsätzliche Differenzen hinsichtlich der Ausbeutung und Kontrolle der verbliebenen Weltölvorräte ab. Vor allem was die Vorstellungen zur Politik im Mittleren Osten anbelangt, sind deutliche Unterschiede erkennbar. Auch intensiviert sich die Kooperation zwischen Russland - das nach der kurzen energiepolitischen Liaison mit Washington einsah, dass es von dort keine Belohnungen zu erwarten hat - und der EU rapide. Und schließlich ist die Konkurrenz zwischen Dollar und Euro um die Rolle als Weltleitwährung für beide Seiten von enormer Bedeutung. Eine Beendigung der Dollarhegemonie hätte für Washington, angesichts eines Handelsbilanzdefizits von 550 Mrd. Dollar und eines enormen Schuldenberges, katastrophale Folgen.

Der diesbezügliche Zusammenhang zwischen ökonomischen Interessen und militärischer Stärke wurde selten so deutlich formuliert wie von Ex-Verteidigungsstaatssekretär Walter Stützel: „Die Sache ist einfach: Eine Union, die sich nicht verteidigen kann, ist keine Union. Eine harte Währung, die eine schwache Verteidigung hat, ist auf lange Frist keine harte Währung.“[15] Klar wird, dass aus europäischer Sicht militärische Stärke notwendige Bedingung für die Durchsetzung eigener Interessen ist. Vor allem das „alte Europa“ erweist sich hier als Antreiber hin zu einem militarisierten europäischen Gegenblock. Auf dem „Präliminargipfel“ Ende April zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg, wurde explizit versucht, jeglichen Einflussmöglichkeiten der NATO, sprich der USA, auf künftige EU-Einsätze einen Riegel vorzuschieben. Joschka Fischer erwägt sogar die Bildung einer gemeinsam abstimmenen Europäischen Gruppe innerhalb der NATO, also einer Fraktionsbildung, was Washingtons Einfluss auf die Allianz massiv schmälern würde. Zudem werden die knappen Ressourcen primär in Beschaffungsprojekten gesteckt, die eine strategisch unabhängig von US-Kapazitäten einsetz-

bare EU-Truppe zum Ziel haben. Beispiele sind hier das Galileo-Satellitensystem und der Airbus A400M. Obwohl die USA alles daran setzen, diese Projekte zu torpedieren, laufen diese Aufrüstungsmaßnahmen nichtsdestotrotz weiter.

Somit ist die EU auf dem besten Wege, „eine Supermacht auf dem europäischen Kontinent [zu werden], ebenbürtig mit den Vereinigten Staaten,“ wie EU-Kommissar Romano Prodi das Hauptziel der Gemeinschaft formulierte.[16] Da die USA kein Interesse an einem gleichberechtigten Europa haben, wird auch von dieser Seite verbal nicht gekleckert. Naturgemäß sind die Neokonservativen dabei am lautesten, wenn etwa Pentagon-Berater Richard Perle „eine Strategie zur Eindämmung des ehemaligen Verbündeten“ Frankreich fordert, weil es dort „Kräfte gibt, die beabsichtigen, Amerikas Weltrolle zu schmälern.“[17] Sein einflussreicher Kollege Michael Leeden geht sogar noch weiter, indem er herausposaunt: „Wir werden den Krieg gegen den Terror weit über die Grenzen des Mittleren Ostens ins Herz Europas verfolgen müssen.“[18]

Dabei beschränkt sich die Skepsis gegenüber der EU nicht auf die Neokonservativen. Eine gemeinsame Erklärung zahlreicher prominenter Demokraten forderte kürzlich, US-Offiziellen müsse ein ständiger Sitz in zentralen EU-Gremien eingeräumt werden, um sicherzustellen, dass der transatlantische Graben nicht noch breiter werde.[19] Ähnlich skurril und ebenso alarmierend sind Äußerungen des demokratischen Senators Carl Levin, der eine Breitseite auf das „alte Europa“ abfeuerte, indem er die Frage aufwarf, ob die NATO künftig nicht die Mitgliedschaft eines Landes suspendieren müsse, wenn es sich „nicht mehr länger zu den fundamentalen Werten der Allianz bekennt.“[20] Während manche versuchen, die Gemeinsamkeiten der „westlichen Wertegemeinschaft“ hervorzuheben, wird inzwischen immer offener auf beiden Seiten des Atlantiks von deutlich wahrnehmbaren kulturellen Unterschieden, ja Gräben gesprochen.[21] Es gibt zahlreiche weitere Hinweise, dass die Konflikte substanzieller Art sind. Beispielsweise die absurde Episode um die „Freiheitsfritten“, aber auch so gravierende Drohungen wie die Washingtons, als Reaktion auf Belgiens US-kritische Politik eine Verlegung des NATO-Hauptquartiers in Erwägung zu ziehen.

Die Eigenlogik des Militärischen

Ob sich der gegenwärtige Trend weiter verschärft, wird sich an zwei Fragen entscheiden. Einmal, ob die Vereinigten Staaten

mit ihrer unilateralistischen Hegemonialpolitik fortfahren, was sehr wahrscheinlich ist. Und zweitens, ob die Europäer zur Abgabe nationalstaatlicher Kompetenzen bereit sind, die Vorbedingung einer ernst zu nehmenden Militarisierung ist.

Zur Behinderung dieses Prozesses können die Vereinigten Staaten auf das „neue Europa“ wenig Hoffnung setzen. Über kurz oder lang werden diese Staaten sich allein schon aufgrund ihrer wirtschaftlichen Erfordernisse zwangsläufig dem „alten Europa“ zuwenden. Wichtiger ist die künftige Rolle Großbritanniens. Die Schaffung eines Gegenpols ist ohne London ungleich schwerer zu erreichen. Augenblicklich deutet wenig auf einen Bruch Großbritanniens mit den USA hin. Im Gegenteil.

Trotzdem sprechen viele Indizien dafür, dass Europa sich auf Kollisionskurs mit den USA befindet. Deshalb ist es umso falscher, den gegenwärtigen europäischen Militarisierungstendenzen eine Absolution zu erteilen, wie es selbst hellsichtige Analytiker wie Todd tun. Er fordert die EU auf, sich zu emanzipieren und „zu einer echten strategischen Unabhängigkeit [zu] gelangen, indem es seine nukleare Schlagkraft erhöht.“[22] Eine unilateralistisch-militaristische Macht ist schon zuviel, es braucht keine Zweite.

Genau diese würde aber aus einem militärisch unterfütterten Gegenmachtprojekt erwachsen. Selbst Cooper konstatiert, es gäbe „keine Garantie dafür, dass die amerikanischen und europäischen Interessen immer übereinstimmen werden.“ Entlarvend ist seine Beschreibung der Eigenlogik des Militärischen: „Würde Europa anders handeln, wenn es mehr militärische Macht hätte? Wahrscheinlich ja. Auf wirtschaftlichem Gebiet, wo Europa mehr oder weniger als Einheit handelt und ein Gewicht ähnlich dem der Vereinigten Staaten hat, geht es sehr viel rauer und härter vor.“[23] Dass angesichts der zahlreichen Interessenskonflikte heftigste Auseinandersetzungen mit Washington vermieden werden können, ist für viele Analytiker mehr als unwahrscheinlich: „Die transatlantische Rivalität hat bereits begonnen und wird sich unweigerlich verschärfen. Machtzentren konkurrieren von Natur aus um ihre Stellung, Einfluss und Prestige.“[24]

Offenbar schaut man sich in Europa bereits nach Partnern für den Prozess einer Gegenmachtbildung um: „Die Europäische Union unterhält Beziehungen in der ganzen Welt, aber in den nächsten Jahren sollten wir uns besonders auf die Entwicklung strategischer Partnerschaften mit Russland, Japan, China, Kanada und Indien konzentrieren. (ESS: 15) Viele fordern bereits

offen die Bildung eines eurasischen Gegenblocks, die Achse Paris-Berlin-Moskau. Dementsprechend schreitet auch die militärische Zusammenarbeit dieser Länder immer weiter voran.[25]

Die Militarisierung der EU wird also entweder auf einen westlichen „ideellen Gesamtimperialismus“, oder, was wahrscheinlicher ist, einen militarisierten europäischen Gegenblock hinauslaufen. Beides ist aus linker Sicht nicht akzeptabel, weshalb es kein plausibles Argument gibt, diesen Prozess zu befürworten.

Es handelt sich hierbei allerdings keineswegs um eine unaufhaltsame Entwicklung. Denn ob das Militarisierungsprojekt gelingt, wird ganz erheblich davon abhängen, ob gegenüber der Bevölkerung die hierfür notwendigen finanziellen Mittel durchgesetzt werden können. Genau hier sind die Ansätze für Widerstand zu suchen, um den begonnenen Militarisierungsprozess aufzuhalten, wenn möglich sogar rückgängig zu machen. Denn die Bevölkerung teilt keineswegs die Sichtweise der Herrschenden. Eine repräsentative Umfrage ergab, dass 80% der Deutschen militärische Proliferationsbekämpfung, Kernstück von Bush-Doktrin und Europäischer Sicherheitsstrategie, ablehnen.[26] Angesichts des fortschreitenden Sozialabbaus muss thematisiert werden, weshalb man aufrüstet um Gefahren zu bekämpfen, die für die Mehrheit der Deutschen nicht mit militärischen Mitteln bekämpft werden können.

Weiter ist der Determinismus mancher Weltsystemanalytiker kritisch zu hinterfragen. Denn ein absteigender Hegemonialzyklus muss keineswegs zwangsläufig zu einem Krieg führen. Erinnert sei an den friedlichen Untergang des British Empire

wie auch der Sowjetunion. Es gilt also in den USA jene Kräfte zu stärken, die jegliche militärische Interessenswahrung ablehnen. Jene Gruppen, die in Kauf nehmen, dass Washington dadurch seine Hegemonialposition mittelfristig einbüßen wird, und die sich für eine gerechtere Organisation der hieraus entstehenden multipolaren Welt einsetzen, insbesondere was die in diesem Kontext häufig völlig vernachlässigte amerikanisch-europäische Ausbeutung der Dritten Welt anbelangt.

Anmerkungen:

- [1] Kagan, Robert: Power and Weakness, in: Policy Review, June-July 2002.
- [2] Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques: Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas, in: FAZ, 31.5.03.
- [3] Vgl. z.B. Chiesa, Giulietto: Das Zeitalter des Imperiums. Europas Rolle im Kampf um die Weltherrschaft, Hamburg 2003.
- [4] Nassauer, Otfried: Eine europäische Flagge, in: SPW, Dezember 2000.
- [5] Elfferding, Wieland: Euronationalismus statt Pax Americana?, in: Freitag 23/2003.
- [6] Neuber, Arno: „Kerneuropa“ auf dem Kriegspfad, IMI-Standpunkt 2003/058.
- [7] Cooper, Robert: Macht und Ohnmacht aus europäischer Sicht, in: Internationale Politik 5/03, S. 31-38, hier S. 35.
- [8] Fitschen, Patrick: Europas strategische Antwort auf die Nationale Sicherheitsstrategie der USA, Konrad-Adenauer-Stiftung, 22.7.03, S. 3.
- [9] Cooper, Robert: The new liberal imperialism, in: The Observer, 7.4.02.
- [10] Vogel, Heinrich: Das Ende des „Westens“, in: Internationale Politik 6/03,

S. 27-34, hier S. 27.

- [11] Cooper 2003: 38.
- [12] Kurz, Robert: Weltordnungskrieg: Die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honnef 2003, S. 36.
- [13] Todd, Emmanuel: Weltmacht USA - Ein Nachruf, München 2003.
- [14] Stanger, Michael: Weltwirtschaftliche Hegemonie und Weltgeld, FU Politische Wissenschaft, Arbeitspapier 3/1990, S. 12.
- [15] Pflüger, Tobias: Mit Hochgeschwindigkeit in Richtung Militärmacht, IMI-Aktuell-00-12-04.
- [16] Kupchan, Charles: The End of the American Era, New York 2002, S. 155.
- [17] Pentagon Adviser: France „No Longer Ally“, News Max Wires, 5.2.03.
- [18] Laughland, John: Becoming the 51st State, Antiwar.com, 20.5.03.
- [19] Joint Declaration: Renewing the Transatlantic Partnership, CSIS, 14.5.03, S. 2.
- [20] Pengelly, Owen: NATO's Angry Sponsors, BASIC Notes, 13.6.03.
- [21] Vgl. bspw. Hanson, Victor: Goodbye to Europe?, in: Commentary Magazine, October 2002; Vogel 2003.
- [22] Todd 2003: 217.
- [23] Cooper 2003: 36, 34.
- [24] Kupchan, Charles: The End of the West, in: The Atlantic Monthly, November 2002.
- [25] Vgl. die Beiträge auf der Internetseite www.paris-berlin-moscou.org.
- [26] Henken, Lühr: Begräbt die EU ihren zivilen Charakter? IMI-Standpunkt 2003/066.

Jürgen Wagner ist IMI-Vorstand

Buchankündigung: Globalisierung und Krieg

Ökonomische und militärische Facetten westlicher Hegemonialpolitik bedingen sich gegenseitig: „Der Imperativ der Globalisierung ist Krieg“.

Die drei Autor/inn/en der Tübinger Informationsstelle Militarisation (IMI), Claudia Haydt, Tobias Pflüger und Jürgen Wagner, beleuchten diese These, indem sie das Thema **Globalisierung und Krieg** in dem in Kürze erscheinenden gleichlautenden AttacBasisText 5 aus drei verschiedenen Blickwinkeln beleuchten.

Westliche Politik führt in weiten Teilen der Welt zu einer massiven Verarmung, die Verteilungskämpfe nach sich zieht. Diese Verarmung ist für einen Großteil der Konflikte in der Dritten Welt verantwortlich. Wenn dabei westliche Interessen tangiert werden, folgen direkte (militärische) Interventionen mit dem Ziel der Herstellung ökonomischer und machtpolitischer „Ordnungen“.

Der von der US-Regierung ausgerufenen „Kreuzzug gegen den Terror“ ist ein „permanenter Krieg“, der im Wesentlichen geführt wird, um eine weltweite (Wirtschafts-) Ordnung militärisch durchzusetzen und abzusichern: Ein „doppelter Krieg“ mit militärischen Mitteln und Marktmechanismen. Am Beispiel des Iraks wird deutlich, wie ökonomische Interessen und Kriegsführung ineinander greifen.

Mit dem Europäischen Sozialforum in Florenz sind globalisierungskritische und Antikriegs-Bewegung eins geworden. Protest und Widerstand sollten sich nicht nur gegen die USA richten, sondern ebenso gegen die Militarisierung der EU und den weltpolitischen Aufstieg Deutschlands mit militärischen Mitteln.

Claudia Haydt / Tobias Pflüger / Jürgen Wagner
Globalisierung und Krieg
 AttacBasisTexte 5
 96 Seiten (September 2003)
 EUR 6.50 sFr 12.00
 ISBN 3-89965-004-2



Bring them home now!

von Dirk Eckert

Gegen die Besetzung des Irak und Rückzug aller US-Truppen - Jetzt sind es sogar Soldaten und ihre Angehörigen, Reservisten und Veteranen, die die Bush-Regierung offen kritisieren

Macho-Rhetorik geht nach hinten los

Mit der US-Besetzung des Irak und den zahlreichen Anschlägen, denen beinahe täglich amerikanische Soldaten zum Opfer fallen, sucht sich die Anti-Kriegsbewegung in den USA neue Aktionsschwerpunkte. Gegen die Besetzung des Irak und Rückzug aller US-Truppen heißt das neue Programm. Für den Abzug von Soldaten hat sich auch das Haushaltsbüro des Kongresses ausgesprochen, weil der personalintensive Einsatz im Irak die weltweite Militärpräsenz der USA gefährdet.

Jetzt sind es sogar Soldaten und ihre Angehörigen, Reservisten und Veteranen, die die Bush-Regierung offen kritisieren. Unter der Parole „Bring them home now“ fordern sie „ein Ende der Besetzung des Irak und anderer fehlgeleiteter militärischer Abenteuer und eine sofortige Rückkehr aller US-Truppen“.

Eine entsprechende Kampagne [1] wurde Mitte August ins Leben gerufen. Zu den Gründern gehören die Organisation Military Families Speak Out [2], in der Kriegsgegner organisiert sind, die Verwandte beim Militär haben, sowie die Veteranen für den Frieden [3]. Die Parole „Bring them home“ ist eine Anspielung auf den Ausruf „Bring 'em on - Lasst sie kommen“ von George W. Bush. Mit Blick auf die Angriffe auf US-Soldaten im Irak hatte der Präsident am 2. Juli auf einer Pressekonferenz gesagt [4]: „Es gibt einige, die meinen, die Bedingungen wären günstig, uns anzugreifen. Meine Antwort ist: Lasst sie kommen.“

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Dick Gephardt kritisierte diese Sätze umgehend als „Macho-Rhetorik“. „Was wir brauchen, sind ernsthafte Versuche, einen Plan für den Nachkriegs-Irak zu entwickeln, und keine Schieß-aus-der-Hüfte-Sprüche.“ Und auch für die Angehörigen der Soldaten klingen die Sätze des Präsidenten wie Hohn. Als Anfang August die „Bring them home now“-Kampagne der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, griffen Angehörige, darunter der Vater eines

im Irak getöteten Soldaten, die Bush-Regierung scharf an, wie die Zeitschrift „The Nation“ auf ihrer Internetseite berichtete [5]. „Rumsfeld und Bush sorgen sich um die Truppe genau so wie sich [der amerikanische Geflügel- und Rindfleischproduzent] Tyson Foods [6] um Hühnchen sorgt“, so ein Veteran der „Special Forces“, dessen Sohn im Irak eingesetzt ist.

Falsche Opferangaben

Die Kampagne bezweifelt zudem, dass des Pentagon die Zahl der Toten und Verletzten korrekt angibt: Die militärischen Verluste der USA durch die Besetzung des Irak sind mehr als zwei Mal so hoch wie man den meisten Amerikanern glauben machen will, und zwar wegen der außerordentlich hohen Zahl von Unfällen, Selbstmorden und anderen Todesfällen außerhalb des Gefechts, über die in den Medien weitgehend nicht berichtet wird. Die andere Kriegsfolge, die die US-Soldaten zu tragen haben und über die nicht berichtet wird,



ist die Zahl der verwundeten Amerikaner - offiziell 827 seit Beginn der Operation Iraqi Freedom (inoffizielle Zahlen gehen in die Tausende). Die Hälfte davon wurde verletzt, seit Bush Anfang Mai auf dem Flugzeugträger USS Lincoln triumphierend verkündet hat, dass die größeren Kampfhandlungen vorbei sind.

Mit dieser Skepsis stehen die Besatzungsgegner nicht allein. Der Filmemacher Ashwin Raman wies in der tageszeitung [7] ebenfalls darauf hin, wie widersprüchlich die Angaben über verletzte US-Soldaten sind. Während das Pentagon 827 Verletzte zähle, berichte das US-Militärhauptquartier in Katar von 926 Verletzten. Oberstleutnant Allen Delane von der Andrews Air

Base in den USA habe sogar von über 4000 Soldaten gesprochen, die auf seiner Air Base in Behandlung seien. Hinzu kämen Verletzte, die aus Platzmangel woanders verlegt worden seien. Insgesamt schätzte Delane die Zahl der Verletzten auf rund 8000 Soldaten.

Besatzungsprobleme einer Weltmacht

Doch noch hat die Bush-Administration größere Probleme als den Protest von Kriegsgegnern. Nach einer Studie [8] des „Congressional Budget Office“ (CBO) ist zwar die Schätzung des Pentagon, wonach die Besetzung des Irak 3,9 Milliarden Dollar im Monat kostet, zu hoch gegriffen. Trotzdem können es sich die USA nach Einschätzung des Kongressbüros nicht leisten, ständig 180.000 Soldaten im Irak zu haben, ohne ihre weltweite Gefechtsbereitschaft einzubüßen.

Entweder müsse die Zahl der Soldaten bis zum Winter 2004/2005 auf 38.000 bis 64.000 reduziert werden, oder Truppen müssen aus anderen Teilen der Welt abgezogen werden. Ebenfalls möglich sei, Einheiten wie Marinekorps, Special Forces oder Nationalgarde einzusetzen, die bislang nicht zum Peacekeeping herangezogen wurden. Mit 19 Milliarden Dollar Besatzungskosten im Jahr wäre das zumindest billiger als die Personalstärke der Armee zu erhöhen und zwei neue Divisionen aufzustellen, was die Besatzungskosten nach CBO-Schätzungen auf 29 Milliarden hochtreiben würde.

Die Bush-Regierung will jetzt ein weiteres Mal versuchen, ein neues Mandat des UN-Sicherheitsrates zu bekommen, das einige Länder verlangen, bevor sie Soldaten in den Irak schicken. Diesmal wollen die USA selbst einen Resolutionsentwurf im Sicherheitsrat einbringen. Ziel der Bush-Administration ist es dabei, die Truppenstärke in einem Zeitraum von 18 bis 24 Monaten zu reduzieren, so dass die Besetzung des Irak nicht aufwendiger ist als die Besetzung in Bosnien oder Kosovo, berichtete [9] die „New York Times“. Was die US-Regierung den Ländern anzubieten hat, die auf eine neue Resolution bestehen, ist noch unklar. Auch wenn Washington jetzt die UNO stärker einbezogen will, so soll doch das Oberkommando in jedem Fall weiter bei den USA verbleiben.

Kritik an der Besatzungspolitik kommt jetzt auch aus dem Militär. Wie die „Washington Times“ berichtete [10], räumen die Vereinigten Stabschefs in einer geheimen Studie ein, dass die Pläne für die Zeit nach dem Krieg völlig überstürzt ausgearbeitet

wurden und fehlerhaft seien. Die Planer hätten nicht genügend Zeit bekommen, „Phase IV“, den Wiederaufbau, vorzubereiten. Aus dem Report namens „Operation Iraqi Freedom Strategic Lessons Learned“ geht auch hervor, dass der Irakkrieg bereits im August 2002 beschlossene Sache war.

Anmerkungen:

- [1] <http://www.bringthemhomenow.org>
- [2] <http://www.mfso.org>
- [3] <http://www.veteransforpeace.org>
- [4] <http://www.cnn.com/2003/ALLPOLITICS/07/02/sprj.nitop.bush/>

[5] <http://www.thenation.com/doc.mhtml?i=20030818&s=kucinich>

[6] <http://www.tysonfoodsinc.com>

[7] <http://www.taz.de/pt/2003/08/28/a0147.nf/text.ges,1>

[8] <http://ftp.cbo.gov/45xx/doc4515/09-03-Iraq.pdf>

[9] <http://www.nytimes.com/2003/09/03/international/middleeast/03PREX.html?th=&pagewanted=print&position=>

[10] <http://www.washingtontimes.com/national/20030903-120317-9393r.htm>

Dirk Eckert ist freier Journalist



Demokratie, Heuchelei und quasi-imperiale Kontrolle

von Jürgen Wagner

Je offensichtlicher die Lügen zu Tage treten, mit denen die neokonservative Regierungsclique um den stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz den Angriffskrieg gegen Bagdad rechtfertigte, desto stärker schwenken sie auf eine andere Kriegslegitimation um.

Es sei ohnehin nie wirklich um Massenvernichtungsmittel gegangen, sie seien „aus bürokratischen Gründen“ vorgeschoben worden, gibt Wolfowitz offen zu. Die neueste Kriegsbegegnung lautet nun folgendermaßen: „Der Irak sollte nicht als Ausnahme, sondern als ein weiterer wichtiger Schritt in einer großen Kampagne betrachtet werden, um die Welt für die Demokratie sicher zu machen,“ so der einflussreiche Neokonservative Max Boot. Kritikern hält er entgegen: „Die Aussage, dass man Demokratie nicht mit der Waffe exportieren kann, ist schlicht falsch. Wir taten dies in Deutschland, Italien und anderswo.“ Abgesehen davon, dass dies wohl kaum den Tod tausender Zivilisten rechtfertigt, entlarven sich diese Pläne auch schnell als pure Heuchelei.

Zunächst fällt auf, dass es bei der Aufteilung der Beute alles andere als demokratisch zugeht. Etwa bei der Art und Weise, wie sich Washington die Ölvorkommen des Iraks unter den Nagel reißt. Zuständig hierfür ist der zuletzt von der amerikanischen Ölfirma Exxon beschäftigte Gary Vogler, der die „Aufsicht“ über das Ölministerium übernahm. „Bis auf weiteres“, so der Spiegel zu Voglers erster Anweisung, „sei allen Mitarbeitern des Ministeriums untersagt, selbstständig operative oder personelle Ent-

scheidungen zu treffen, bedingungslos sei den Anweisungen der Koalitionskräfte zu folgen.“ Die Zeitschrift berichtet weiter, „Nach einem vertraulichen US-Fahrplan soll innerhalb des nächsten Jahres mit den Irakern ein Konsens über die Privatisierung der Erdölindustrie gefunden werden.“ Bechtel, Halliburton und Co. werden sich freuen. Auch die 25 Mitglieder des neuen irakischen „Regierenden Rates“ wurden nicht demokratisch gewählt sondern von US-Prokonsul Paul Bremer handverlesen.

Inzwischen versucht man die offenkundigen Widersprüche kreativ zurechtzubiegen. Ein Artikel des Policy Review, herausgegeben von der Neokonservativen Hoover Institution, stellt fest, dass ein demokratischer Übergang nur „sehr langsam“ zu bewerkstelligen sei. Grundsätzlich sei es unklug „demokratische Wahlen in einem grundsätzlich illiberalen Umfeld durchzuführen. [...] Dies legt es nahe, dass eine Periode quasi-imperialen und somit undemokratischer Kontrolle eine notwendige Bedingung für Demokratie sein könnte.“ Ein Schönheitsfehler sind hierbei allerdings die Ergebnisse einer Studie desselben Think Tanks, die die „Demokratisierungswirkung“ der 19 amerikanischen Besetzungen im letzten Jahrhundert untersuchte: „Im Gegensatz zu dem, was erwartet werden könnte, ist der Einfluss der Vereinigten Staaten nicht sonderlich beeindruckend.“ Noch im Jahr 2000 war sich auch Wolfowitz dessen bewusst: „Die Erfahrungen mit Deutschland und Japan nach dem 2. Weltkrieg sind falsche Anleitungen. [...] Was nach totalem Sieg und fortdauernder Besetzung möglich

war - in Gesellschaften die ökonomisch fortgeschritten waren, aber zugleich Vertrauen in ihre eigenen Institutionen verloren hatten - bietet kein Modell, das für andere Umstände zutrifft.“

Trotzdem kündigte Washington nun an, die „quasi-imperiale Kontrolle“, sprich Besetzung des Iraks, auf Jahre beibehalten zu wollen, wohl deshalb, weil gerade ein demokratischer Irak für die amerikanischen Ölinteressen äußerst hinderlich wäre. Ein Artikel des neokonservativen Sprachrohrs The Weekly Standard entlarvt das Gerede von der angestrebten Demokratie als Heuchelei: „Als wir versprochen, im Irak eine Demokratie zu erschaffen, beachtete die Regierung offenbar nicht die Möglichkeit, dass Iraks 100 Mrd. Barrel an Ölreserven in die Hände eines anti-amerikanischen islamischen Regimes ähnlich dem im Iran, fallen könnten. Wenn das iranische Verhalten als Anhaltspunkt dient, werden Iraks neue Kleinerer-mit-Öl Mogule Preisfalken sein - eine Stimme in der OPEC für das Niedrigproduktions- Hochpreisszenario, von dem Analytiker hofften, ein demokratischer Irak würde es beenden.“ Aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten benötige die USA jedoch einen „Stimulus - Ölpreise, die niedrig genug sind, um die Konsumenten in den Einkaufszentren und Autohäusern zu halten.“

Ganz offensichtlich richten sich diese Aussagen gegen die im Irak lebende schiitische Mehrheit (60 Prozent). Da diese wahrscheinlich als Sieger aus demokratischen Wahlen hervorgehen und sich dem ebenfalls schiitischen Iran annähern würden, stellte der ehemalige Sicherheitsberater von Bush Senior, Brent Scowcroft, vorsorglich klar, dass Wahlen nur mit dem von den USA erwünschten Ausgang geduldet werden: „Was wird passieren, wenn wir erstmals eine Wahl im Irak abhalten und es sich ergibt, dass die Radikalen gewinnen? Wir werden sie sicher nicht die Regierung übernehmen lassen.“

Der große Jackpot

von Dirk Eckert

Kabul, Bagdad, Monrovia - die Bush-Administration „ordnet“ den Globus. Profitieren werden von dieser neuen Weltordnung - geht man nach den entsprechenden Plänen der USA für den Irak - vor allem US-amerikanische Konzerne.

Teure Geschenke an Unternehmen

Die ersten Aufträge und Zuschüsse für den Wiederaufbau des Irak wurden schon Anfang des Jahres vergeben, also noch bevor der Krieg überhaupt begonnen hatte. Inzwischen hat die staatliche US-amerikanische Entwicklungsbehörde „U.S. Agency for International Development“ (USAID) nicht nur Zuschüsse für Gesundheitsprogramme an Organisationen wie UNICEF oder die Weltgesundheitsorganisation WHO vergeben, sondern auch Aufträge in Milliardenhöhe für den Wiederaufbau von Häfen, Schulwesen, Gesundheitssystem, lokaler Verwaltung oder Flughäfen. Alle großen Verträge sind an US-Firmen gegangen - Firmen, die sich nicht selten bester Beziehungen zur Bush-Regierung erfreuen. Die kalifornische Firma Bechtel hat zum Beispiel am 17. April von USAID den millionenschweren Auftrag bekommen, die irakische Infrastruktur wiederherzustellen, so dass alle wesentlichen Entscheidungen über Infrastruktur mit einem Schlag in der Hand eines amerikanischen Unternehmens lagen. Bei Bechtel waren unter anderem der frühere Außenminister George Shultz, der jetzt als Mitglied des Wahlkampfteams von Arnold Schwarzenegger in Kalifornien wieder Schlagzeilen macht, und der frühere Verteidigungsminister Caspar Weinberger beschäftigt. „Two U.S. Firms Hit Iraq Jackpot“, titelte „CBS News“ am 28. August auf seiner Internetseite, nachdem bekannt geworden war, wie gut die Unternehmen Halliburton und Bechtel an den Kriegen der Bush-Regierung verdienen.

Cheney's Firma saht ab

Die texanische Firma Halliburton, die bis zum Jahr 2000 vom heutigen Vizepräsidenten Dick Cheney geleitet wurde, ist nicht nur am Wiederaufbau des Irak beteiligt, sondern verdient vor allem als Zulieferer des US-Militärs. Laut Washington Post vom 28. August hat Halliburton allein durch die „Operation Iraqi Freedom“ mehr als 1,7 Milliarden Dollar Umsatz gemacht. Hinzu kämen jetzt Millionen von Dollar aus einem

Vertrag, den das Unternehmen vom U.S. Army Corps of Engineers erhalten habe, berichtet das Blatt unter Berufung auf Dokumente des Joint Munitions Command, das für die Logistik der Truppen zuständig ist. Durch seine Tochter „Brown and Root“ sei Halliburton fester Bestandteil des US-Militärs geworden: Das Unternehmen baue und verwalte US-Militärbasen, liefere das Essen genau so wie Post für die Soldaten.

Inzwischen gingen rund ein Drittel der ca. 3,9 Milliarden Dollar, die die Besatzung des Irak den amerikanischen Steuerzahler jeden Monat kostet, an private Unternehmen wie Halliburton, die dem Militär zuarbeiten, schreibt die „Washington Post“: „Umfang und Dauer der Halliburton im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg zugesprochenen Regierungsverträge sind signifikant größer als vorher bekannt und zeigen, dass sich das US-Militär zunehmend auf profitorientierte Unternehmen verlässt, die die Logistik betreuen“. Wie viel Aufträge „Brown and Root“ in den letzten US-Kriegen an Land ziehen konnte, hat die „Washington Post“ in einer Tabelle aufgelistet (siehe Grafik). Demnach brachte die „Operation Enduring Freedom“, also der Afghanistan-Krieg, Verträge im Wert von 183 Millionen Dollar. „Brown and Root“ hat Militärberater in Usbekistan untergebracht (25 Millionen), georgische Truppen trainiert (23 Millionen), in Afghanistan die Wasserversorgung repariert (10 Millionen) sowie US-Truppen versorgt und untergebracht (52 Millionen), ebenso in Dschibuti (28 Millionen). Ungleich lukrativer war hingegen der Irakkrieg. Der Halliburton-Konzern kümmerte sich um die Wiederherstellung von Ölquellen (710 Millionen) und die Unterbringung von Soldaten sowie deren Transport (269 Millionen). Mit Versorgung und Transport von US-Truppen in Kuwait, Jordanien und der Türkei verdiente „Brown and Root“ weitere 389 Millionen Dollar. Hinzu kommen der Wiederaufbau im Irak (170 Millionen), Gefängnisse für Kriegsgefangene (28 Millionen) und Unterstützung von Spezialistenteams, die nach Massenvernichtungswaffen suchen (40 Millionen).

Immunität für Ölkonzerne

Halliburton ist traditionell im Ölgeschäft tätig und kümmert sich dort um Pipelines und Ölquellen. Daneben hat das Unternehmen aus Houston auch immer wieder Auf-

träge vom Pentagon angenommen. In den letzten Jahren hat Halliburton bzw. seine Tochter „Brown and Root“ die US-Truppen auf dem Balkan versorgt und dann auch gleich eine Machbarkeitsstudie für eine Öl-Pipeline von Bulgarien am Schwarzen Meer über den Balkan nach Albanien ans Mittelmeer erstellt.

Die Zusammenarbeit mit Dick Cheney geht auf die Zeit nach dem Golfkrieg 1991 zurück. Damals betrieb Cheney als Verteidigungsminister die Privatisierung einzelner Bereiche des Militärs. „Brown and Root“ wurde ausgewählt, um diese Pläne umzusetzen. 1995 ging Cheney, längst nicht mehr Verteidigungsminister, weil George Bush Sen. die Wahl gegen Bill Clinton verloren hatte, als Vorstandsvorsitzender zu Halliburton. 2000 zog es ihn zurück in die Politik, und er wurde Vizepräsident. Auch danach liefen Halliburtons Geschäfte mit der Regierung wie geschmiert.

Die Bevorzugung amerikanischer Unternehmen für den Wiederaufbau ging jedoch weit über die Vergabe von „major contracts“ hinaus. Ein besonderes Augenmerk hat die Bush-Regierung auf die Ölindustrie des Irak geworfen. Damit amerikanische Konzerne ungehindert schalten und walten können, hat Bush am 22. Mai den Regierungserlass 13303 unterzeichnet, nach dem juristische Schritte wie Erlasse, Pfändungen oder Beschlagnahmungen null und nichtig sind, die „das irakische Öl und alle Ölprodukte und Beteiligungen daran“ betreffen. Nach Auffassung von Steve Kretzmann und Jim Vallette vom „Sustainable Energy & Economy Network of the Institute for Policy Studies“ (SEEN) sichert der Erlass den im Irak tätigen Ölkonzernen weitreichende Immunität zu: „Wenn ExxonMobil oder ChevronTexaco irakisches Öl anfasen, sind sie gegen jede gerichtliche Verfahren in den USA immun. Alles, was bei amerikanischen Ölkonzernen schief gehen könnte und anderswo schief gegangen ist, ist der Gerichtsbarkeit entzogen: ein schweres Tankerunglück; eine Explosion in einer Ölraffinerie; die Beschäftigung von Sklavenarbeitern, um eine Pipeline zu bauen; die Ermordung von Einheimischen durch Firmen-Security; die Verschmutzung der Luft durch Milliarden Tonnen Kohlendioxid. Der Präsident hat mit einer Handbewegung Saddams Opfern, Gläubigern und der nächsten irakischen Regierung alle Rechte aberkannt, auf legalem Wege entschädigt zu werden. Bushs Erlass erklärt das irakische Öl unilateral zur unantastbaren Provinz der US-Konzerne“, so die Bewertung von Kretzmann und Vallette.

Auch wenn die großen Verträge vergeben sind und US-Konzerne die Ober-

aufsicht führen, so ist das Geschäft für Unternehmen anderer Länder noch nicht gelaufen. Bechtel zum Beispiel will wie im Vertrag vorgesehen Subunternehmer anwerben, und so machen sich etwa deutsche Unternehmen schon Hoffnungen. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer hat die deutsche Wirtschaft darauf aufmerksam gemacht, dass sich seit 28. Juli Unternehmen aus aller Welt bei der obersten Besatzungsbehörde, der „Coalition Provisional Authority“ (CPA), um Aufträge bewerben können. Außerdem rechnet die deutsche Industrie damit, dass irakische Unternehmen auch bei deutschen Firmen anfragen bzw. einkaufen werden.

In wie weit die Deutschen oder andere zum Zuge kommen, hängt aber auch davon ab, was auf der politischen Ebene über den Irak entschieden wird. James Dobbins von der einflussreichen Denkfabrik RAND drückte das gegenüber der „Baltimore Sun“ so aus: „So lange der Irak im Wesentlichen unter US-Kontrolle bleibt, so lange werden die Beteiligungen von anderen begrenzt und nur symbolisch bleiben.“

Export-Import Bank: Transmissionsriemen für die US-Konzernprofite

Bleibt nur noch das Problem, wer den Wiederaufbau letztlich bezahlen soll. Damit Unternehmen im zerstörten Irak überhaupt aktiv werden können, braucht es Kredite, die wegen der unsicheren Lage im Land keine Privatbank gewähren würde. Hier springt die US-Export-Import Bank (ExIm) ein, die ihre Irak-Kredite wiederum aus dem irakischen Entwicklungsfond finanziert. Diesen Fond kontrollieren die USA auf Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolution 1483, wobei Internationaler Währungsfond und Weltbank beratend zur Seite stehen. In den Entwicklungsfond fließen alle irakischen Gelder, von Entwicklungshilfe bis hin zu Einnahmen aus dem Ölverkauf. „In anderen Worten, die US-Regierung gewährt gerne jedem US-Unternehmen Kredite, das im Irak Geschäfte machen will - weil das Geld ohnehin aus dem Irak kommt“, kommentieren Kretzmann und Vallette vom SEEN.

So läuft unter dem Deckmantel Wiederaufbauhilfe ein milliardenschweres Subventionsprogramm für amerikanische Unternehmen, die, wie die „Baltimore Sun“ am 10. August berichtete, nicht selten in Konkurrenz zu Organisationen der Vereinten Nationen arbeiten. Nichtregierungsorganisation oder die UN wären oftmals billiger als private Unternehmen, wie Frederick Schieck von USAID gegenüber der Zeitung offen zugab. Dass seine Regierung trotzdem nicht in erster Linie auf NGOs

setzt, begründete er damit, dass diese nicht deutlich genug sagen würden, wer ihre Arbeit finanziert. Der Bush-Regierung sei es aber wichtig, den Irakern zu zeigen, dass es die Vereinigten Staaten sind, die ihnen helfen.

Wachsender Widerstand

Pikanterweise bekommt auch das US-Militär, das selbst immer mehr Aufgaben an private Unternehmen vergibt, die Folgen dieser Privatisierungspolitik zu spüren. Die im Irak stationierten Soldaten leiden unter Wassermangel und sind generell unterversorgt, wie der Ökonom Paul Krugman am 12. August in der „New York Times“ schrieb. „Das US-Militär hat viele Aufgaben, die traditionell von Soldaten durchgeführt wurden, in die Hände von privaten Auftragnehmern wie Kellogg, Brown & Root, eine Halliburton-Tochter, verlagert. Der Irak-Krieg und seine Folgen waren der erste große Test im Gefecht für das privatisierte System - und dieses System hat versagt“, so Krugman.

Doch jetzt bekommt Halliburton vielleicht Gegenwind. Kriegsgegner wollen Halliburton, Bechtel und Co. das Geschäft verderben und haben eine Kampagne gegründet mit dem Ziel, die Kriegsprofiteure und die Invasion der Konzerne im Irak zu stoppen. Die Kampagne wird von prominenten Köpfen wie Naomi Klein und Noam Chomsky unterstützt.

Die fragwürdige Verbindung zwischen Halliburton und der Bush-Administration ist auch Thema in einem Bericht der „Special Investigation Division“ des US-Repräsentantenhauses für den demokratischen Abgeordneten Henry A. Waxman. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass die Regierung wissenschaftliche Daten manipuliere und unterdrücke Informationen, um etwa das Verfahren der „hydraulischen Rissbildung“ in der Erdölindustrie zu befördern - trotz Hinweisen der US-Umweltbehörde „Environmental Protection Agency“ (EPA), dass bei diesem Verfahren das Grundwasser verschmutzt wird. Größter Anbieter des

umstrittenen Verfahrens ist niemand anderes als Cheneys alte Firma Halliburton.

William D. Hartung vom „World Policy Institute“ erinnerte in diesem Zusammenhang an Präsident Dwight Eisenhower und dessen Warnung vor dem Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes. Der Wissenschaftler fordert jetzt u.a. eine Kongress-Untersuchung, vergleichbar der von Harry Truman im Zweiten Weltkrieg, um Licht ins Dunkel der undurchsichtigen Vertragsvergaben zu bringen. Außerdem müssten alle Wiederaufbau-Verträge für den Irak offen ausgeschrieben und nach festen, transparenten Regeln vergeben werden. Um sicherzugehen, dass es zu keinen Interessenkonflikten kommt, sollten Bush und seine Herausforderer im nächsten Wahlkampf zudem auf Spenden von Unternehmen, die vom Irak-Krieg oder dem Wiederaufbau profitiert haben, verzichten.

Dirk Eckert ist freier Journalist

Brown and Root, a subsidiary of oil giant Halliburton, has won nearly \$2 billion in contracts for the war on terror. Here is a breakdown of some of the work orders assigned to the company by the Department of Defense.



Operation Iraqi Freedom		\$1.7 billion
IRAQ		
Combatting oil fires and rehabilitating oil wells:		\$710 million
Iraq reconstruction:		\$170 million
Enemy prisoner of war camps:		\$28 million
Housing and transport for U.S. troops:		\$269 million
Logistic support for teams investigating Iraqi weapons of mass destruction:		\$40 million
KUWAIT		
Setting up Camp Arifjan and logistic support:		\$197 million
Transport operations (Kuwait/Iraq border):		\$92 million
JORDAN		
Logistic support and housing for U.S. troops:		\$40 million
TURKEY		
Logistic support and housing:		\$60 million
Operation Enduring Freedom		\$183 million
UZBEKISTAN		
Housing for U.S. military advisers:		\$25 million
GEORGIA		
Training Georgian troops:		\$23 million
AFGHANISTAN		
Logistic support and housing for U.S. troops:		\$52 million
Logistic support for water repair:		\$10 million
DJIBOUTI		
Logistic support and housing:		\$28 million

SOURCE: Dept. of Army

BY GENE THORP—THE WASHINGTON POST

„Sicherheitsmauer“ als Sackgasse

Die Mauer legt das Ausmaß eines zukünftigen „palästinensischen Staates“ fest.

von Claudia Haydt

Ob sich die israelische Armee nun aus der 45.000 Einwohner Stadt Qalqilia in der West Bank zurückzieht oder nicht - für die palästinensische Bevölkerung dieser Stadt macht es kaum einen Unterschied: die israelische Armee ist im Stadtgebiet schon länger kaum noch präsent. Sie musste dies auch nicht - die Kontrolle war und ist dennoch effektiv. Rund um die Stadt Qalqilia zieht sich eine Mauer - Teil einer gigantischen Befestigungsanlage, die bald alle palästinensischen Gebiete umschließen soll. In der offiziellen Terminologie der israelischen Regierung (die gelegentlich auch von US- und EU-Repräsentanten und Medien übernommen wird) heißt das Bauwerk euphemistisch „Sicherheitszaun“.

Die High-Tech-Befestigungsanlage kostet ca. 1 Million Dollar je Kilometer. Würde ihr Verlauf ungefähr der Waffenstillstandslinie von 1967 folgen, dann wäre die Mauer insgesamt ca. 350 km lang. Doch da sie sich in wilden Kurven quer durch die West Bank schlängelt (um möglichst viele Siedlungen und viel Land auf die „israelische Seite“ zu bringen), wird die Mauer wahrscheinlich bis zu 1000 km lang werden. Die Anlage ist zwischen 60 und 150 Meter breit. Zu ihr gehören neben modernster Überwachungstechnik, ein Graben mit vier Metern Tiefe, eine acht Meter hohe Betonmauer, eine Panzerstraße und alle 200 Meter Überwachungstürme. Ca. 150 km im Norden sind weitgehend fertiggestellt einschließlich 22km um Jerusalem und trotz beginnendem internationalem Druck wird fieberhaft weiter gebaut.

Haftstrafe für eine ganze Bevölkerung

Die Mauer schränkt die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung massiv ein. In Qalqilia ermöglicht es nur eine einzige Öffnung mit zwei Checkpoints, die Stadt zu verlassen oder zu betreten. Auch nach der „Befreiung“ der Stadt sollen die Kontrollen bleiben. Die Bewohner sind faktisch Gefangene „bis die palästinensischen Terrororganisationen zerschlagen sind.“ (Spiegel 17.8.2003). Diese kollektive Bestrafung trifft die Einwohner Qalqilias hart - aber nicht nur diese:

- Die Mauer verläuft quer durch palästinensisches Gebiet teilweise viele Kilometer entfernt von der Grenze von 1967

(„Grüne Linie“). Allein durch den Bau des 1. Abschnitts der Anlage wurden ca. 3.500 Hektar Land enteignet und dem Erdboden gleich gemacht. Dabei wurden Häuser, Gewächshäuser und zehntausende von Bäumen zerstört. In dem Gebiet zwischen Tulkarem, Jenin und Qalqilia werden mindestens 30 Quellen, 47 Brunnen und der Zugriff auf einen bedeutenden Teil des Grundwassers im westlichen Aquifer verloren gehen. „Die Palästinenser verlieren also nicht nur ein bzw. drei Viertel ihrer gegenwärtigen Nutzung aus dem westlichen Aquifer. Sie verlieren zusätzlich die Aussicht auf eine weit größere Menge, nämlich beinahe 100% des zu erschließenden Grundwassers.“ (C. Messerschmid, inamo, Heft 34, 2003) Die Hydrologie im Bereich der West Bank wird sich auch oberirdisch verändern. „Der Verlauf des Oberflächenwassers wird sich ändern und Erosion und Sedimentation werden zunehmen.“ (Earth First! 1/2003). An Aufrechterhaltung oder gar Ausbau von Landwirtschaft ist unter solchen Bedingungen überhaupt nicht zu denken.

- Die Einwohner vieler Dörfer sind eingesperrt zwischen der Mauer, die sie nicht überqueren können und der „Grünen Linie“, die sie nicht passieren dürfen. Damit sind die Enklaven westlich der Mauer von Infrastruktur (Schulen, Krankenhäuser etc.) sowie ökonomischem und sozialem Austausch weitgehend abgeschnitten. Diese prekäre Lebenssituation erzeugt in der Konsequenz einen starken Abwanderungsdruck. Wer für sich und seine Familie eine ökonomische Zukunft oder Bildungsmöglichkeiten, ärztliche Versorgung, Schutz vor Übergriffen usw. haben will, der wird früher oder später aus diesen Regionen wegziehen. In der Kasbah von Hebron (vgl. B'tselem 8/2003) kann man dieses Phänomen bereits beobachten: 42% der Bewohner und Geschäftsbesitzer haben aufgrund der ständigen Repression durch Armee und Grenzpolizei (hunderte Tage Ausgangssperre etc.) sowie Übergriffe der Siedler ihr zuhause verlassen. Die Grenzanlage wird diesen „stillen Transfer“ durch unerträgliche Lebensbedingungen noch weiter beschleunigen.

- Neben der eigentlichen, „westlichen“

Mauer entstehen auch im Osten von palästinensischen Dörfern und Städten (z.B. Qalqilia, Tulkarem) sogenannte sekundäre Barrieren. Dadurch entstehen Enklaven östlich der Mauer, die die Menschen in prekäre Lebensverhältnisse zwingen. Die Einwohner der ehemals reichen Stadt Qalqilia sind nun fast vollständig auf Unterstützung durch internationale Hilfsorganisationen angewiesen, das durchschnittliche Familieneinkommen ist von 1000 Dollar im Monat auf beinahe 60 Dollar gesunken (Palestine Monitor 7/2003). Auch für die palästinensischen Einwohner des Großraums Jerusalem spitzt sich die Lage zu. Hier soll durch ein ganzes Netzwerk von inneren und äußeren Befestigungen sowohl der israelische Anspruch auf ein Groß-Jerusalem zementiert werden als auch die darin verbleibende palästinensische Bevölkerung von den jüdischen Gebieten ferngehalten werden.

- Durch die Trennungsmauer verlieren viele palästinensische Bauern, die östlich der Mauer wohnen, den Zugang zu ihrem Ackerland auf der westlichen Seite. Besonders sensibel ist das Gebiet zwischen Qalqilia und Tulkarem, hier werden 42% der Früchte und Gemüse in der West Bank produziert (AFP 15.1.2003). Der Lebensstandard der Menschen in der Region und die Versorgung mit Lebensmitteln wird in der Folge noch schlechter werden als heute.

Mauer bringt keine Sicherheit

Sicherheit - das vorgebliche Ziel der Mauer - ist durch das zur Zeit verfolgte Konzept nicht zu erreichen. Durch ihren gewundenen Verlauf ist die Mauer militärisch kaum zu verteidigen. Ginge es um militärisch effiziente Herstellung von „Sicherheit“, dann wäre eine Grenzbefestigung entlang der „grünen Linie“ die deutlich sinnvollere, kürzere und billigere Lösung.

Der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon erklärte gegenüber der internationalen Presse „Gute Zäune machen gute Nachbarn“. Doch welche Nachbarn akzeptieren einen Zaun, der ihnen große Teile des eigenen Gebietes wegnimmt und besonders die fruchtbarsten und damit ökonomisch wichtigen Gebiete? Wenn die Mauer die palästinensischen Bevölkerungszentren lückenlos umschließt, dann könnte dies (vielleicht) zu einer kurzfristigen Senkung von Attentaten führen - weil sie organisatorisch schwieriger werden. Doch durch den geplanten Verlauf der Mauer bleiben bedeutende Teile der „feindlichen Bevölkerung“ auf der israelischen Seite der Mauer.

Viel schwerwiegender ist aber, dass durch die Mauer im Gaza-Streifen und in der West Bank insgesamt drei Millionen Men-

schen pauschal unter Terrorismusverdacht gestellt und gewissermaßen vorbeugend in Haft genommen werden - dabei werden ihnen grundlegende Menschenrechte systematisch vorenthalten. Das Recht auf Bewegungsfreiheit (Menschenrechtsdeklaration Art 13/1) wird für die gesamte palästinensische Bevölkerung eingeschränkt, besonders aber für die Einwohner der oben beschriebenen Enklaven, in folge dessen sind das Recht auf Arbeit und das Recht auf Besitz von Eigentum (Menschenrechtsdeklaration Art. 17) betroffen. Die Liste ließe sich nahezu beliebig fortsetzen - wichtig ist, dass all dies eine Kollektivbestrafung darstellt. Kollektivbestrafung ist völkerrechtswidrig (4. Genfer Menschenrechtskonvention, Art. 33).

Auf mittlere und längere Sicht wird die „Sicherheitsmauer“ zum „todsicheren“ Rezept für die Entstehung von immer neuem Terror, denn erlebte Ungerechtigkeit, Ausweglosigkeit und Frustration sind eine im wahrsten Sinne des Wortes explosive Mischung. Prinzipiell lässt sich Ausöhnung und Frieden nur durch Begegnung

und Kooperation und nicht durch Abschottung herstellen - man denke an die früheren „Erbfeinde“ Deutschland und Frankreich. Nur der Respekt vor der Menschlichkeit der jeweils anderen ist ein sicherer Schutz vor Terror.

Durch die Trennungsmauer soll offensichtlich nicht in erster Linie Sicherheit hergestellt werden - es geht vielmehr darum Fakten zu schaffen.

Die Mauer legt das Ausmaß eines zukünftigen „palästinensischen Staates“ fest. Dieser wird wahrscheinlich ca. 45% der West Bank umfassen und aus einem Fleckenteppich von „Kantonen“ und Enklaven bestehen, ohne Zugang zueinander, ohne Ost-Jerusalem und ohne jegliche Chance auf eine politisch und ökonomisch selbstbestimmte Zukunft. Dies ist der palästinensische Staat von dem Sharon redet.

Außerdem wird durch den Verlauf der Mauer der israelische Anspruch auf das Wasser des westlichen Aquifers zementiert. „Bereits Mitte der 90er Jahre ... haben israelische Hydrologen „Maps of Water Interest“ gezeichnet, in denen die Gebiete, die nun hinter die Mauer fallen zu den strategischen Interessenzonen Israels gezählt werden. In diesen Gebieten sollte eine zukünftige palästinensische Erschließung unterbunden werden.“ (inamo, Heft 34, 2003). Doch wie soll ein „Staat“ der seinen Bewohnern keine Freiheit und keine ökonomischen Entwicklungsperspektiven bieten kann - zu einem Partner für den dringend benötigten Frieden mit Israel werden? Wer seinen Nachbarn jegliche Chance auf eine bessere Zukunft nimmt, kann nicht erwarten, dass dies die Grundlage für friedliche Koexistenz ist.

Das internationale Schweigen durchbrechen

Der Oslo-Prozess scheiterte auch daran, dass sich die Weltöffentlichkeit der Illusion eines kommenden Friedens hingab, während vor Ort durch die Verdopplung des Siedlungsbaus sowohl auf der

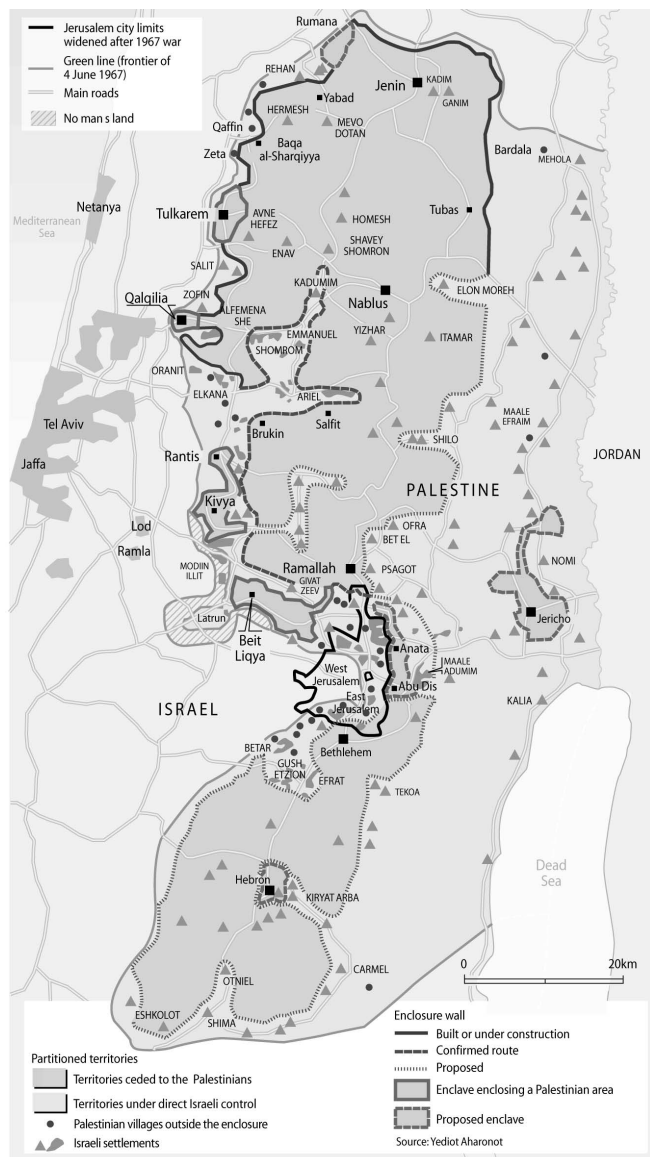


konkreten als auch auf der symbolischen Ebene die Grundlagen für einen gerechten Ausgleich zerstört wurden. Aus diesem Fehler hat das Nahost-Quartett (UNO, USA, EU, Russland) gelernt. Die Forderung nach einem Siedlungsstopp steht in der Road Map. Doch nun wird die Landnahme durch die Mauer fortgesetzt.

Und einen internationalen Aufschrei gegen die Mauer gibt es bis heute nicht. US-Präsident George W. Bush erklärte zwar „Der Zaun(!) ist ein Problem“ und dachte laut über eine eventuellen Kürzung von Kreditbürgschaften nach. Doch große Differenzen sind nicht zu erwarten: Bush ließ seine Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice beteuern, dass der „Zaun“ die Bürgerschaft nicht beeinträchtigen werde (Ha'aretz 6.8.03). Die Europäische Union fasst ihre Kritik (wenn überhaupt) in so zaghafte Worte, dass daraus keine Schlagzeilen und erst recht kein politischer Druck entsteht.

Die einzigen, die wirklich konsequent auf die Problematik der Mauer hinweisen sind Menschenrechts- (B'tselem) und Friedensorganisationen (Gush-Shalom, Ta'ayush, International Solidarity Movement), die mit gewaltfreien Aktionen zusammen mit den betroffenen Bewohner/innen den Widerstand gegen die „Apartheidsmauer“ organisieren. Doch je weiter die Mauer fortschreitet, um so schwerer wird es auch sein, diese Form von brückenbildendem Widerstand fortzusetzen. Deswegen ist verstärkter internationaler Druck für einen Stopp des Mauerbaus dringend nötig - ebenso wie die Solidarität mit den israelischen, palästinensischen und internationalen Aktivist/innen, die durch ihren Protest die sprichwörtlichen und die konkreten Mauern und Gräben überwinden.

Claudia Haydt ist Religionswissenschaftlerin und IMI-Beirätin



Denk ich an Israel...

Ein jüdischer Historiker beklagt sich über sein Land

von Dirk Eckert

MOSHE ZUCKERMANN: Zweierlei Israel? Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß, Konkret-Texte 34, Hamburg 2003. 139 S., 12 Euro.

Moshe Zuckermann, Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte in Tel Aviv, gehört zu den Israelis, die in oftmals scharfen Worten die israelische Politik gegenüber den Palästinensern kritisieren. Dabei scheut sich der Historiker auch nicht, den Zionismus anzugreifen, was ihm den Ruf eingebracht hat, Antizionist, zu sein. Zu Unrecht, wie das vorliegende Buch zeigt.

„Nach 1945 war das zionistische Projekt Israel nicht nur kein Fehler, sondern eine historische Notwendigkeit“, stellt Zuckermann im Gespräch mit den drei Publizisten Ebermann, Gremliza und Weiß klar. Die Gründung von Israel hält er für ein „gelungenes Projekt“. Trotzdem definiert sich Zuckermann, der nach einem zehnjährigen Aufenthalt in Deutschland nach Israel zurückkehrte, heute als einer, „der den Zionismus a posteriori, heute, nicht mehr akzeptieren kann“.

Seinen Gesinnungswandel führt er zurück auf die inzwischen 35 Jahre andauernde Besatzung der Westbank und des Gaza-Streifens, die, zuerst als Faustpfand für eine Friedensregelung gedacht, schon bald zum „Objekt einer ideologischen, theologisch-religiös aufgeladenen Begierde“ geworden sei. „Auf diese Weise ist der Zionismus zu einer radikal rechten Bewegung geworden, die kein Angebot für einen wirklichen Frieden mehr enthält.“

Bei seinen Gesprächspartnern stößt Zuckermann mit solchen Thesen auf Wider-

spruch. Für Ebermann, Gremliza und Weiß, die in dem Buch als Frage-Kollektiv auftreten, ist der Zionismus weiterhin „die zweitbeste Lösung, die er von Anfang an war“, und Israel notwendig als Zufluchtsstätte für Juden vor Antisemitismus. Zuckermann ist das zu wenig. Wenn sich die eigene Selbstbestimmung nur aus dem Negativen ableite, sei das für die betroffenen Menschen kein sehr angenehmes Gefühl, kritisiert er.

Daher sei auf Dauer „Israel mit Antisemitismus nicht zu legitimieren, vor allem aber als pulsierende Lebensrealität nicht aufrecht zu erhalten“. Nach Zuckermanns Ansicht sind die beiden in Frage kommenden Alternativen entweder der demokratische oder der jüdische Staat. Wegen der 1,2 Millionen Araber in Israel verwirft er das Prinzip „jüdischer Staat“ jedoch als „einfach nicht mehr praktikabel“. Seine Zukunftsperspektive ist „nicht ein jüdischer Staat, sondern ein israelischer Staat, der sich in den Nahen Osten integriert“.

Hier stößt er bei seinen Gesprächspartnern ein weiteres Mal auf Unverständnis, da sie den arabischen Antisemitismus für gegenwärtig sehr stark halten, so dass Israel sich gar nicht in den Nahen Osten integrieren könne. Doch auch in der Einschätzung der arabischen Welt besteht keine Einigkeit. Wenn die Konkret-Autoren den Koran als „eine der Quellen des heutigen arabischen Antisemitismus“ bezeichnen, hält Zuckermann ihnen Passagen aus dem jüdischen Gebetsritus entgegen und argumentiert, dass alle Religionen gegen Ungläubige nicht sehr menschenfreundlich seien. Aus der Tatsache, dass es in der arabischen Welt Antisemitismus gebe, will er keine „Dämonisierung des Islam“ abgeleitet sehen.

Die Publizisten wiederum beklagen, dass in Deutschland „im Fall Israels immer ungleiche Maßstäbe angelegt werden“: Hierzulande gelte Israel als das einzige Land, das so etwas wie Okkupation betreibt, obwohl etwa Marokko die West-Sahara besetzt halte. Verglichen damit habe es in den von Israel besetzten Gebieten eine „relativ milde Phase der Okkupation“ gegeben. Für Zuckermann ist das jedoch eine „Relativierung israelischer Taten“, die er „mit genau denselben Worten, mit eben diesen Beispielen in Israel von rechtsradikaler Seite“ höre.

Seine persönlichen Erfahrungen in Deutschland als Kritiker israelischer Politik sind andere: „In Deutschland treffe ich einerseits auf Antisemiten, andererseits auf Leute, die mich wegen meiner kritischen Haltung als Vorzeigjuden linker Antisemiten bezeichnen.“ Letzteren hält er spürbar gereizt entgegen: „Kinder, lehrt mich nicht, was Antisemitismus ist. Ich komme aus einem Zuhause, wo man das weiß. Ich brauche euren Nachhilfeunterricht nicht.“

Einig werden sich Zuckermann und seine Gesprächspartner nicht, da sie mit Israel ganz Unterschiedliches verbinden: Der israelische Staatsbürger Zuckermann, der erklärtermaßen gerne in Israel lebt, redet über die israelische Gesellschaft, den Nahost-Konflikt oder die Notwendigkeit, die Besatzung zu beenden. Dabei liefert er den Lesern wunderbare scharfe Analysen zur israelischen Politik. Die Konkret-Publizisten denken dagegen bei Israel an Antisemitismus, völkisches Denken und - letztlich - an Deutschland.



Dirk Eckert ist freier Journalist

6. IMI-Kongress in Tübingen

Am 22/23.11.2003 findet der 6. Kongress der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. zum Thema „Globalisierung und Krieg“ statt.

Samstag 22. November:

12.00 - 13.30 - Referent: Dr. Ulrich Brand (BUKO) : Globalisierung, Gewinner und Verlierer

14.00 - 15.30 - Referent: Dr. Winfried Wolf Die militärische Absicherung der Globalisierung - Westliche Ökonomische Interes-

sen und Krieg

16.00 - 17.30 - Referent: Tobias Pflüger (IMI) : Ein Platz an der Sonne - Deutsche und europäische Interessen im Kontext der Globalisierung

Am Abend Vortrag von Prof. Dr.

Werner Ruf : Der „Krieg gegen den Terror“: Neuer Kolonialismus?

Sonntag 23.11.2003:

09.30 - 11.00 - Referentin: Claudia Haydt

(IMI) : Die wirtschaftliche „Logik“ von Globalisierung - Armut - Krieg

11.15 - 12.30 - Referent: Christoph

Marischka (IMI) : Kongo - Prototyp eines Globalisierungskonfliktes

13.00-14.45: **Podium:** Dr. Ulrich Brand / Tobias Pflüger / Martin Zeis (Attac Stuttgart) Moderation: Claudia Haydt
Internationalismus der Menschen gegen die Globalisierung der Konzerne und Staaten

Ort: Alten- und Begegnungsstätte Hirsch, Hirschgasse 9, Tübingen. Nähere Informationen auf unserer Homepage (www.imi-online.de) oder bei IMI direkt: 07071/49154 oder imi@imi-online.de.



Herausgeber ist die Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendiger-
weise die Auffassung der Informations-
stelle wieder. Adresse: Hechinger Str.
203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de,
e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154